

Die Welt hat gegenwärtig mit mehreren Krisen zu kämpfen: Das sind die Banken-, Staatsschulden-, Zombie- und die Ölpreisschockkrise. Sie kollidieren mit der von der Corona-Epidemie initiierten aber von der Politik ausgelösten Lockdown-Krise, bei der sich die Medizin als weitaus schädlicher erweist, als die Krankheit. Obwohl es der verantwortlichen Politik an Kompetenz mangelt und sie das Feuer gelegt hat, erhält sie als Brandbekämpfer großen Zuspruch.

# Die Multikrise und der Lockdown – Zeit für eine Wende

Entwicklungsgeschichte und  
Konzeptvorschläge

**Dr. Bruno Hollnagel MdB**

---

# Die Multikrise und der Lockdown

---

## Inhaltsverzeichnis

---

<b>1.</b>	<b>Entstehungsgeschichte .....</b>	<b>3</b>
1.2	Keynes Verschuldungsgenehmigung .....	3
1.3	Geld verliert den Anker .....	3
1.4	Der Euro.....	3
I.	Einführung der Euro-Währung – Missachtung der Konvergenzkriterien .....	3
II.	Das Target-2-System – Kredite ohne Sicherheiten.....	4
III.	Bruch der Eigenverantwortlichkeit – Bürgschaften und Umverteilung .....	5
IV.	Deutschland ist nicht Nutznießer des Euros.....	5
V.	Euro-Rettungsschirme .....	5
1.5	Ordnungspolitische Mängel.....	5
VI.	Eigenverantwortlichkeit gebrochen .....	5
VII.	Systemrelevante Banken.....	6
VIII.	Gemeinschaftshaftungen und Umverteilungsmechanismen .....	6
IX.	Das Zinsdiktat - der Zins verliert seine kapitallenkende Funktion.....	6
X.	Kapitalfehlenkungen .....	7
XI.	Planwirtschaft diktiert eine energiepolitische und ökonomische Wende .....	8
1.6	Die EZB ist in der Zwickmühle.....	8
1.7	Trügerische Sicherheit – die Wohlstandsillusion .....	8
1.8	Ausbruch der Krise – wirtschaftliche Schäden durch den Lockdown .....	9
XII.	Am Anfang war die Ahnungslosigkeit .....	9
XIII.	Angst wird geschürt .....	10
XIV.	Der Lockdown und wirtschaftliche Folgen.....	10
1.9	Der Ruf nach dem Staat - Der Brandstifter soll die Feuersbrunst löschen .....	10
XV.	Rettungspakete .....	11
XVI.	Grundrechte werden ausgesetzt .....	12
1.10	Feststellungen .....	12
1.11	Ausblick.....	14
I.	Gesellschaftliche Spaltung .....	14
II.	Mit Schuldenspritzen die Schmerzen betäuben.....	15
III.	Böses Erwachen, wenn die Betäubung nachlässt .....	15
IV.	Wenn die Wahrheit ans Licht kommt.....	15
<b>2.</b>	<b>Vorschläge im Einzelnen .....</b>	<b>16</b>
3.1	Grundsätzliches .....	16
2.2	Lockdown beenden Infektionsschutzgesetz umsetzen .....	16
2.3	Freiheit und Eigenverantwortlichkeit statt Eurozentrismus – Einführung einer Parallelwährung... ..	16
2.4	Wirtschaftliche Effizienz steigern .....	17

I.	Gebot der Wirtschaftlichkeit einfordern.....	17
II.	Wirtschaftliche Effizienz steigern - Bürokratie-Abbau-Gesetz/den Staat verschlanken .....	17
2.5	Nachfrageschock begegnen – Die Massenkaufkraft erhöhen .....	18
III.	Umsatzsteuer spürbar senken.....	18
IV.	Abschaffung des EEG.....	18
V.	Solis ersatzlos streichen .....	18
2.6	Angebotschock begegnen .....	18
VI.	Notfallfonds.....	18
VII.	Negativzinsen verbieten.....	19
VIII.	Planwirtschaftliche Maßnahmen, Disziplinierungsmaßnahmen und Bevormundung einstellen	19
2.7	Schutz öffentlicher Haushalte.....	19
IX.	Schluss mit den Haftungen für Andere .....	19
	Italien und Frankreich brauchen Deutschland nicht! .....	19
X.	Subventionsabbau-Gesetz.....	20
2.8	stabiles Geld schaffen und Zinshoheit einfordern.....	20
2.9	Revitalisierung der EWG .....	20
2.10	Einhaltung des Strafgesetzbuches § 240 Nötigung fordern .....	20
2.11	Grundrechte wieder herstellen .....	21
2.10	Fragen der Fraktion an die Bundesregierung .....	21
<b>3.</b>	<b>Anhang</b> .....	<b>22</b>
	Unbeachtete gesundheitliche Warnzeichen.....	22
	Bildzeitung kommentiert die Regierungspolitik .....	23
	Marktwirtschaftliche Prinzipien.....	24
	Demokratie braucht einen souveränen Staat und noch viel mehr.....	27
	Pressemitteilung der AfD-Fraktion .....	28
<b>4.</b>	<b>Index</b> .....	<b>28</b>

---

## 1. Entstehungsgeschichte

---

### 1.2 KEYNES VERSCHULDUNGSGENEHMIGUNG

---

Frei nach Cicero lässt sich sagen: Alle großen Dinge haben einen kleinen Anfang. So auch die sogenannte „Corona-Krise“, die tatsächlich eine über Jahrzehnte sich schleichend entwickelnde Geldkrise ist, als deren Katalysator sich der Lockdown erweist. Sie nahm ihren Anfang durch Keynes. Er verlangte von den Staaten in Krisenzeiten, sich an die Stelle von Unternehmen zu setzen, zu investieren und sich dafür ggf. sogar zu verschulden, um so für eine Belebung zu sorgen. Das war eine wissenschaftlich gerechtfertigte Genehmigung für die Aufnahme von Schulden. Dass diese in guten Zeiten (gemäß Keynes) wieder getilgt werden sollen, vergaß die Politik geflissentlich, so dass es mit der Zeit zu immer höheren Verschuldungen der Staaten kam.

### 1.3 GELD VERLIERT DEN ANKER

---

1971 wurde die Goldbindung des Dollars und damit das durch reale Werte gedeckte (Bar-) Geld abgeschafft. Ohne einen Bezug zum Realen, ist Geld zu einem beliebig manipulierbaren Instrument geworden – dem Geld kam der Anker abhanden. Von nun an konnte es beliebig vermehrt werden.

Nach der Abschaffung der Goldbindung konnte neben der Giralgeld-Menge (Buchgeld) auch die Bar-Geldmenge von den Zentralbanken beliebig gesteuert werden. Zu dieser Zeit befand sich die „Zinshoheit“ (Leitzinssatz) in den Händen überwiegend unabhängiger nationaler Zentralbanken.

### 1.4 DER EURO

---

Die Einführung des Euros sollte Deutschland Wohlstand, Frieden und eine stabile Währung bringen. Dabei hatten wir damals einen stetig wachsenden Wohlstand, es herrschte Frieden in Deutschland und Europa und die DM war die stabilste Währung der Welt.

Die Einheitswährung, der Euro, institutionalisiert in einem inhomogenen Wirtschaftsraum ordnungspolitische Mängel:

1. Der für alle geltende Zentralbankzins kann der Vielfalt der Wirtschaftszustände nicht gerecht werden (s. Beispiel Punkt 1.6).
2. Die Euro-Einheitswährung hat den Nachteil, dass die Leistungsunterschiede zwischen den einzelnen Staaten nicht mehr durch ein „Währungsventil“ automatisch ausgeglichen werden. Damit verstärken sich die Unterschiede zwischen wettbewerbsstarken und wettbewerbschwachen Staaten und Firmen. Das führt zu Spannungen.  
Das fehlende Wechselkursventil verstärkt Leistungsunterschiede<sup>1</sup> von Volkswirtschaften, die nur durch
  - a. Kredite (sie verstärken die Ungleichgewichte),
  - b. Geschenke oder
  - c. Gelddruckerei (sie unterminieren die Leistungsbereitschaft) ausgeglichen werden können (s. Target-2-System).
3. Die leistungsstarken Länder verlieren ihre Leistungsdividende.

Anmerkung: das kontinuierlich steigende Wechselkurse nicht zwangsläufig zu einer Wettbewerbsminderung führen muss, ist am Beispiel Deutschland und der DM zu belegen.

#### *1. Einführung der Euro-Währung – Missachtung der Konvergenzkriterien*

Schon zu Beginn des Euros wurden die Konvergenzkriterien (verabschiedet Februar 1992), oft auch Maastrichtkriterien genannt, nicht eingehalten. Es waren dies:

---

<sup>1</sup> Entfällt des Wechselkursventil, dann werden Leistungsunterschiede nicht mehr automatisch ausgeglichen (die Währung „schwacher“ Länder sinkt und macht ihre Waren dadurch billiger/wettbewerbsfähiger) sondern verstärken sich durch den Zinseszinsseffekt: Überschüsse können ertragreich angelegt werden, während Defizite finanziert und durch Zinsen weiter belastet werden.

- Preisniveaustabilität: Die Inflationsrate durfte nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten liegen.
- Der staatliche Schuldenstand durfte nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandsprodukts betragen
- Das jährliche Haushaltsdefizit durfte nicht mehr als 3 % des Bruttoinlandsprodukts betragen
- Wechselkursstabilität: Der Staat musste mindestens zwei Jahre lang ohne Abwertung am Wechselkursmechanismus II teilgenommen haben. Dabei durfte die Währung des Landes nur in einer bestimmten Wechselkursbandbreite (meist 15 %) vom Eurokurs abweichen; bei größeren Abweichungen musste die Zentralbank des Landes intervenieren.
- Langfristige Zinssätze: Der Zinssatz langfristiger Staatsanleihen durfte nicht mehr als 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten liegen.

Es folgte später der Stabilitäts- und Wirtschaftspakt (1997). Die dort vereinbarten Kriterien<sup>2</sup> waren unter anderem:

- Um das Entstehen zu hoher Schuldenstandquoten von vornherein zu vermeiden, sollten die EU-Mitgliedstaaten ihre Neuverschuldung stark reduzieren. Im Fokus stand das mittelfristige Ziel eines im Grundsatz strukturell ausgeglichenen Haushalts.
- Es wird erstmals ein Abbaupfad der Schuldenstandquote auf 60 % des BIP vorgeschrieben. EU-Länder, deren Schuldenstandquote höher liegt, sollen jährlich ein Zwanzigstel der Differenz zwischen ihrer Schuldenstandquote und der 60 %-Marke abbauen.

Die Zielvorgaben den Euro betreffend wurden von Anbeginn verfehlt<sup>3</sup>. Damit stand der Euro von Anfang an auf einem brüchigen Fundament.

## II. Das Target-2-System – Kredite ohne Sicherheiten

Die Notenbanken der am Euro beteiligten Länder verzahnten ihre nationalen Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme miteinander. Das geschah im Target-System (Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer System). Vor der Finanzkrise waren die Target-Salden recht gering, weil sich z. B. die griechischen Geschäftsbanken bei ausländischen Kreditinstituten Zentralbankgeld leihen konnten, dass sie für die finanzielle Abwicklung der Importe benötigten. Diese Leihgeschäfte am Interbankenmarkt bewirkten, dass Geld über das Target-System nach Griechenland floss. Die Target-Salden wurden wieder ausgeglichen.<sup>4</sup> Unter Target-2 änderte sich das, indem (ab November 2007) grenzüberschreitende Zahlungsverkehre über Zahlungsanweisungen der EZB abgewickelt werden. Im Mittelpunkt steht also die Europäische Zentralbank (EZB) als Verrechnungsstelle.<sup>56</sup>

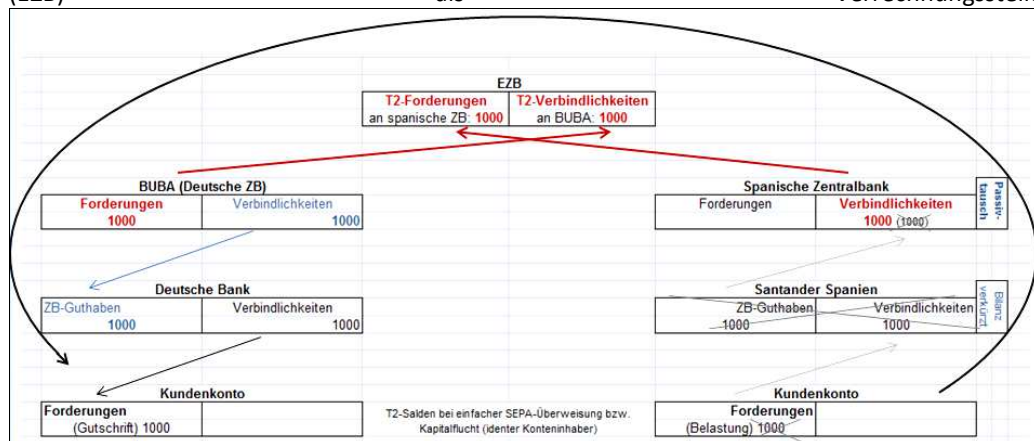


Abb.: aktuelles TARGET2-System

<sup>2</sup> [https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Europa/Stabilisierung\\_des\\_Euroraums/Haushaltspolitische\\_Ueberwachung\\_der\\_EU/Stabilitaets\\_und\\_Wachstumspakt/stabilitaets\\_und\\_wachstumspakt.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euroraums/Haushaltspolitische_Ueberwachung_der_EU/Stabilitaets_und_Wachstumspakt/stabilitaets_und_wachstumspakt.html)

<sup>3</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/247033/umfrage/staatsverschuldung-in-eu-und-euro-zone-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/>

<sup>4</sup> <https://www.wiwo.de/politik/europa/euro-krise-wie-funktioniert-das-target-system/6277238-3.html>

<sup>5</sup> <https://www.wiwo.de/politik/europa/euro-krise-target-salden-draengen-deutschland-an-den-abgrund/6277238.html>

<sup>6</sup> Wikipedia [https://de.wikipedia.org/wiki/TARGET2#/media/File:TARGET2-Salden\\_bei\\_SEPA-%C3%9Cberweisung.png](https://de.wikipedia.org/wiki/TARGET2#/media/File:TARGET2-Salden_bei_SEPA-%C3%9Cberweisung.png)

Die Forderungen z. B. der deutschen Bundesbank aus Target-2-Salden richten sich an die EZB, die aber keine ausreichenden Sicherheiten von ihren Schuldern verlangt.<sup>7</sup> Das Target-2-System produziert Kredite ohne Sicherheiten.

### III. *Bruch der Eigenverantwortlichkeit – Bürgschaften und Umverteilung*

Es bestehen (oder sind geplant) mehrere Haftungsverbände. Unter anderem:

- Anleihekaufprogramm der EZB,
- Europäische Rettungsfonds wie Notfallkreditprogramme (Rapid Credit Facility, Rapid Financing Instrument), Katastrophenfonds CCRT (Catastrophe Containment and Relief Trust), Short-Term Liquidity Line (SSL), „Eurobonds“, Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) und ECCL-Kreditlinie
- das SURE-Instrument (Europäische Arbeitslosenversicherung)
- die Bankenunion

Für diese Gemeinschaftshaftungen haftet Deutschland immer mit. Das Problem dabei:

- sie widersprechen der No-Bailout-Klausel (Vertrag von Maastricht, AEU-Vertrag) und
- das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit wird gebrochen.

Damit aber wird Geld leichtfertiger ausgegeben; denn, wenn alle verantwortlich sind, fühlt sich keiner verantwortlich.

### IV. *Deutschland ist nicht Nutznießer des Euros*

Schon die EZB stellte fest, dass Deutschland nicht Nutznießer des Euros ist. Das BIP ist beispielsweise in Italien oder Frankreich seit der Einführung des Euros stärker gestiegen als das Deutschlands; eine Tatsache die immer wieder verschwiegen wird.<sup>8</sup> Während früher die Wirtschaft wuchs UND die DM stieg, und den Deutschen eine „Leistungsprämie“<sup>9</sup> (Leistungsdividende<sup>10</sup>) bescherte, ist der Euro – entgegen den Versprechungen – eine schwache Währung<sup>11</sup>.

### V. *Euro-Rettungsschirme*

Von der von den USA ausgehenden Subprime-Krise kam es zu einer Bankenkrise, der sich eine Staatsschuldenkrise anschloss. Mittels Rettungsschirme wurden Staaten vor einer drohenden Zahlungsunfähigkeit bewahrt. Die Instrumente waren neben bilateralen Kreditabkommen: Der Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM). Auch das sind Instrumente der Gemeinschaftshaftung und der Umverteilung.

## 1.5 **ORDNUNGSPOLITISCHE MÄNGEL**

---

Mit der Zeit schlichen sich auch immer mehr ordnungspolitische Mängel ein.

### VI. *Eigenverantwortlichkeit gebrochen*

Im Zuge der Subprime-Krise 2007/2008 kam es auf der Grundlage des Community Reinvestment Act dazu, dass nicht mehr der Kreditnehmer haftete, sondern nur noch die Immobilie: Konnte oder wollte ein Hauseigentümer die Kredite nicht mehr bedienen, so schickte er den Schlüssel einfach an die Hypothekenbank. Während der Kreditnehmer früher persönlich haften musste

---

<sup>7</sup> <https://www.wallstreet-online.de/nachricht/10409528-target2-salden-explodieren-allzeithoch/all>

<sup>8</sup> <https://www.tagesspiegel.de/meinung/europa-die-maer-vom-euro-gewinner-deutschland/6830732.html>

<sup>9</sup> Eine Definition von Altbundeskanzler Helmut Schmidt, die besagt, dass der erarbeitete Außenhandelsüberschuss (Leistung) den Wechselkurs erhöht und so die Auslandsreisen und ausländischen Produkte verbilligt – also eine „Dividende“ bringt.

<sup>10</sup> Leistungsdividende entsteht durch Wechselkurssteigerungen – verursacht durch erarbeitete Exportüberschüsse – einer Landeswährung, die Auslandsreisen und ausländische Produkte verbilligen und somit die Kaufkraft der Löhne ohne Lohnsteigerungen erhöht. Die Leistungsdividende belohnt und ist deswegen Ansporn. Wechselkurssteigerungen schwächt dadurch nicht per se die Wettbewerbsfähigkeit.

<sup>11</sup> <https://markteinsblicke.de/60920/2015/11/der-euro-ist-die-staerkste-schwachwaehrung-der-welt/> <https://www.capital.de/geld-versicherungen/der-euro-schwach-und-schwaecher> <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/euro-dollar-schwaecher-101.html>

und deswegen im eigenen Interesse verantwortlich mit Krediten umging<sup>12</sup>, war er davon (zumindest zum Teil) befreit.

Damit war das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit durchbrochen: Im Ergebnis kam es zu einem bis dahin nie da dagewesenen Immobilienboom mit der Folge einer riesigen Aufblähung von Krediten. Als die Blase platzte und die Immobilienpreise sanken, verloren die Hypothekenkredite erheblich an Wert. Nicht nur in den USA, sondern in der ganzen Welt gerieten Banken in existenzbedrohende Schieflagen. Große Banken, als systemrelevant eingestuft, wurden von Staaten (1.600 Milliarden US \$) gestützt. In beiden Richtungen führte es so vielerorts zu einer weiter ausufernden Staatsverschuldung.

## VII. *Systemrelevante Banken*

Der schwere ordnungspolitische Mangel bestand darin, dass es überhaupt zu systemrelevanten Geldinstituten kommen konnte. Nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft ist es bekanntlich unzulässig, eine irgendwie geartete Marktdominanz zuzulassen.<sup>13</sup> Ist diese dennoch entstanden, wäre es Aufgabe des Staates gewesen, ordnungspolitische Maßnahmen einzuleiten, um diesem Mangel abzuwehren. Denn, wie Ludwig Erhard sagte, solle nicht der Stärkere, sondern der Bessere am Markt obsiegen.<sup>14</sup> Zudem: wenn sich ein Staat erpressen lassen kann, mangelt es ihm an Unabhängigkeit. Ist er aber nicht unabhängig, können seine Bürger das Gemeinwesen nicht frei gestalten, womit einer Demokratie die Grundlagen entzogen sind.<sup>15</sup>

## VIII. *Gemeinschaftshaftungen und Umverteilungsmechanismen*

Die Krise traf auch Europa: Griechenlands Überschuldung wurde im Herbst 2009 offensichtlich. Auch Irland, Portugal und Spanien waren betroffen. Unsicherheit schlägt in Panik um. Regierungen stürzen. Entgegen dem Geist von Maastricht (No-Bailout-Klausel) werden Rettungsschirme aufgespannt: Staaten haften füreinander.

Gemeinschaftshaftungen (Rettungsschirme, Bankenunion, ESM, Anleiheaufkaufprogramme der EZB, Hebelung des EU-Budget, BIZ) und Umverteilungsmechanismen (diverse Fonds, Target-2-Salden, EU-Haushalt) werden begründet, in denen Deutschland regelmäßig die größte Last auferlegt wird. Die Zahlungsfähigkeit der Staaten soll mit allen Mitteln aufrechterhalten werden. Die verantwortliche Politik will unbedingt und um jeden Preis den Euro retten. Die nun politisch geführte EZB senkt die Zinsen drastisch.

## IX. *Das Zinsdiktat - der Zins verliert seine kapitallenkende Funktion*

Im August 2011 wird auch Frankreich von der Krise erfasst. Am 26. Mai 2012 sagt der EZB-Chef Draghi: "Die EZB ist innerhalb ihres Mandats bereit, zu tun, was immer nötig sein wird, um den Euro zu schützen."<sup>16</sup> Der Leitzins wird immer tiefer gedrückt und landet schließlich bei Null. Zudem kauft die EZB in großem Stil Anleihen<sup>17</sup> und übt im Zusammenhang mit den Leitzinsen faktisch ein Zinsdiktat aus. Dieses „verbiegt“ den Markt in eklatanter Weise. Die Zinsen haben damit ihre kapitallenkende Funktion verloren.

<sup>12</sup> Das geht aus dem N/E-Theorem hervor. Siehe Hollnagel: „*Relativitätsökonomie*“, Wiley Verlag GmbH & Co.KGaa

<sup>13</sup> Ludwig Erhard: „*Wohlstand für Alle*“, Egon Verlag GmbH, ECON, Düsseldorf 1957

<sup>14</sup> Die Lösung: eine Aufspaltung (nicht Enteignung) von zu stark geworden Firmen. Das geschah beispielsweise in den USA mit der Telefongesellschaft Bell, die in 7 unabhängige Unternehmen aufgespalten wurde. Am 14. Februar 1875 reicht Bell das Telefon in Washington zum Patent ein. Im Juli 1877 gründete Bell, der das amerikanische Patent für Rechte an einem Telefon erlangt hatte, zusammen mit Thomas Sanders und Gardiner G. Hubbard unter Einschluss seines Assistenten Thomas Watson, die Bell Telephone Company. Im März 1880 wurde daraus die American Bell Telephone Company (AT&T). 1974 wurde vom U.S. Department of Justice ein Antitrust-Verfahren gegen AT&T eingereicht. Die Reste des Telefonmonopols bestanden bis zur endgültigen Einigung am 8. Januar 1982, bei dem AT&T sich bereit erklärte, seine Tochtergesellschaften abzustoßen, die die lokalen Vermittlungsdienste betrieben. Am 1. Januar 1984 wurden AT&Ts lokale Netzbetreiber in sieben unabhängige Regional Bell Operating Companies, auch bekannt als Baby Bells, aufgeteilt. Deren Namen waren Ameritech, Bell Atlantic, BellSouth, NYNEX, Pacific Telesis, Southwestern Bell und US West.

<sup>15</sup> S. Anhang: Demokratie braucht einen unabhängigen Staat.

<sup>16</sup> <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/eurorettung-100.html>

<sup>17</sup> Die Käufe wirken faktisch staatsfinanzierend: Die auf dem Primärmarkt erworbenen Anleihen können problem- und risikolos von den Ersterwerbern auf dem Sekundärmarkt (mit Gewinn) weitergereicht werden, weil dort die EZB wegen ihrer riesigen Kauforders ein sicherer Abnehmer ist.

Die Zinserträge aus Krediten werden immer geringer, wobei zugleich die geforderten Sicherheiten immer schlechtere Qualitäten aufweisen<sup>18</sup>. Im Ergebnis sind die Risiken weder durch Sicherheiten noch durch Erträge ausreichend besichert. Diese Rahmenbedingungen fördern eine leichtfertige Kreditaufnahme und erhöht die Krisenanfälligkeit immens.

Anleger haben mit dem Problem zu kämpfen, dass sie ihre eingegangenen Risiken nicht bezahlt bekommen. Um Renditen erwirtschaften zu können, müssen sie immer höhere Risiken eingehen.

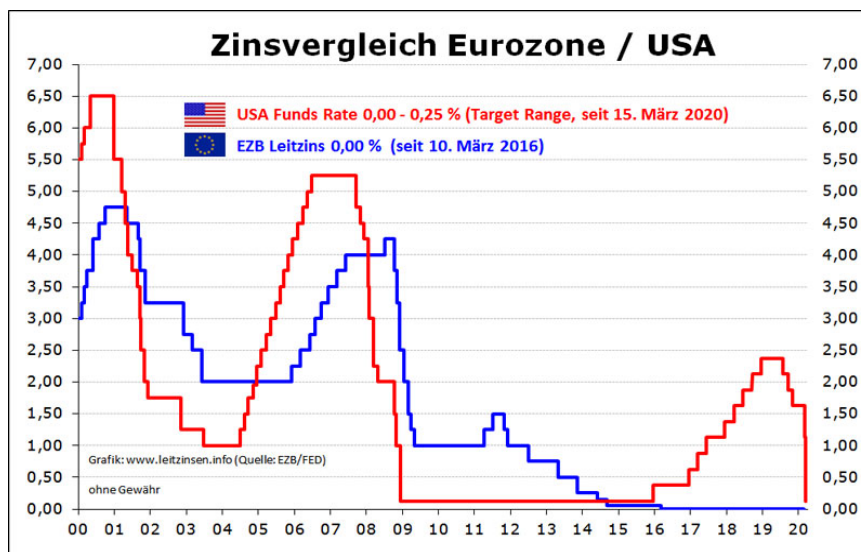
Das Standardgeschäft von Banken ist das Zinsdifferenzgeschäft. Durch das Zinsdiktat der EZB wird die Differenz zwischen ihren Soll- und Habenzinsen stetig kleiner. Negativzinsen auf geforderte Mindestreserven nötigen Banken zu Krediten, die wirtschaftlich unvernünftig sind. Im Ergebnis werden die Risiken immer größer und die Erträge immer kleiner. Im Falle einer Krise drohen den Banken hohe Verluste, da auch sie die Risiken nicht bezahlt bekommen

## X. Kapitalfehlenkungen

Die Zinsen sind zu tief, weil sie viel zu weit unterhalb der natürlichen Rendite liegen. Die Folgen sind eine massive Kapitalfehlenkung. Diese sind dadurch gekennzeichnet, dass:

- Risiken nicht mehr angemessen bezahlt werden,
- ein disziplinierender Zinsdruck fehlt und zu überhöhten Krediten verleitet,
- der Wirtschaftsleistung eine viel zu hohe Geldmenge gegenüber steht,
- es zur Blasenbildung kommt<sup>19</sup>, deren Platzen zu großen Vermögensschäden führt, die über die Kredite auf die (unterkapitalisierten) Banken und die gesamte Wirtschaft durchschlagen können,
- die gesamtwirtschaftliche Rentabilität sinkt, weswegen das Wohlstandspotential nicht ausgenutzt werden kann und die dadurch geringeren Erträge die Krisenanfälligkeit steigern,
- sowohl Staaten (die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes werden praktisch nicht erfüllt) als auch Firmen sind überschuldet. Die Solidität geht verloren.

ABER: Die Zeit der Niedrigzinsen haben die Bundesregierung und die anderen europäischen Staaten – trotz der Zinseinsparungen von über 600 Mrd. Euro seit 2008 – nicht zum Abbau der Schulden genutzt! Im Gegenteil hat sie in unverantwortlicher Weise Zusagen gemacht, die die Zahlungsverpflichtungen und Bürgschaften Deutschlands weit über die Marke von 7 Billionen Euro ausweitete<sup>20</sup>, obwohl die Steuereinnahmen stiegen. Auf der anderen Seite führen Zinsausfälle zu Problemen bei bestimmten Pensionsfonds, Versicherungen und den Sparern. Negativ-Zinsen belasten auch die öffentlichen Haushalte und erodieren die Erträge der Banken. Es muss betont werden: bei dem derzeitigen Zinsniveau handelt es sich um ein Zinsdiktat! Es hat mit einer marktwirtschaftlichen Preisbildung nichts zu tun.



<sup>18</sup> <https://finanzmarktwelt.de/ezb-akzeptiert-schrott-165011/>

<sup>19</sup> Diese ist beispielhaft auf dem Immobilien- und Aktienmarkt zu beobachten

<sup>20</sup> <https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/themen/generationenbilanz/>



## XI. *Planwirtschaft diktiert eine energiepolitische und ökonomische Wende*

Zuvor gab es planwirtschaftliche Eingriffe in vielfältiger Weise. Exemplarisch sei hier die „Energiewende“ genannt. Sie wird bis 2050 laut BDI bis zu 2.300 Mrd. Euro kosten. Hinzu kommen das „Klimapakett“ und diverse Subventionen, die künstlich fördern, was allein lebensunfähig ist. Das besonders Fatale dabei: Die Konkurrenz, Energieträger wie Öl, haben derzeit uneinholbare Preisvorteile.

- Die marktwirtschaftlichen Kräfte wirken nicht mehr, da der Staat – zunehmend auch in Deutschland – nicht den Preis als Korrektiv gelten lässt, sondern durch Verbote und Gebote die Bürger zu einem bestimmten Verhalten drängen will (s.o.).
- Dirigistischen Eingriffe gefährden das gesamte ökonomische Gleichgewicht.
- Großkonzerne gewinnen immer mehr an Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen und werden zusehends systemrelevant.<sup>21</sup> Die Politik, darauf bedacht, das Wirtschaftsgeschehen am Laufen zu halten, stützt ausgewählte Unternehmen (Bankenhilfsprogramme). Indem Firmen glauben, im Zweifel vom Staat aufgefangen zu werden, werden sie zum Eingehen überhöhter Risiken verführt. Durch die (willkürliche) Stützung bestimmter Unternehmen sind marktwirtschaftliche Prinzipien außer Kraft gesetzt.

## 1.6 DIE EZB IST IN DER ZWICKMÜHLE

---

Erhöht die EZB die Zinsen, geraten Zombieu Unternehmen und überschuldete Staaten in Zahlungsschwierigkeiten, hält sie die Zinsen weiter tief oder senkt sie sogar noch weiter, sind die Alterssicherungsmodelle (Spareinlagen, Kapitallebensversicherungen, Kapitaleinlagen bei Ländern, Kommunen, Gemeinden, Versicherungen, ...) gefährdet. Der EZB bleibt gegenwärtig in einer Krise nur noch das Geld drucken, was die Währungsstabilität und damit das Währungssystem gefährdet. Zudem befindet sich die EZB in einem Konflikt, indem sie Geldgeber für Banken ist und sie zugleich beaufsichtigen soll: Schickt sie eine Bank in die Insolvenz, so verliert die EZB Gelder.

Schon 2002 zeigte sich die Dysfunktionalität des Euro-Systems: In Spanien kam es ausgehend von der Baubranche zu einer Konjunkturüberhitzung. Dies hätte einer Leitzinssteigerung der EZB bedurft. Da zugleich die französische und deutsche Konjunktur schleppend verlief, senkte die EZB die Leitzinsen, was in Spanien die Immobilienblase weiter aufblähte. Ihr späteres Platzen stürzte Spanien in eine tiefe Krise.

## 1.7 TRÜGERISCHE SICHERHEIT – DIE WOHLSTANDSILLUSION

---

Es hatte sich eine trügerische Sicherheit breit gemacht:

- Haftungsverbände (s.o.) und Umverteilungsmechanismen (s. o.) suggerieren Sicherheit, sind aber faktisch Ansteckungsmechanismen<sup>22</sup>.
- Durch die geringen Zinsen erscheinen noch solche Schulden als tragbar, die bei natürlichen Zinsen ausfallgefährdet wären (Zombiekredite). Die Risiken werden unterschätzt. Zugleich sind die Kapitalrenditen von Investitionen gesunken – Risiken werden nicht adäquat vergütet. Auch die Häufung von Staatsanleihen bei den Banken stellen (Klumpen-) Risiken dar. Das alles ist Sprengstoff für Bankbilanzen. Würden die Risiken, die die Banken eingegangen sind, sachgerecht bewertet werden – was wegen des Zinsdikates der EZB unterbleibt –, wären viele Banken insolvent.
- Das Medianvermögen der Deutschen befindet sich auf einer der unteren Ränge der EU. Die Deutschen sind nicht so reich, wie uns die Politik einreden will.
- Das Qualifikationsniveau in Deutschland sinkt. Einerseits durch die Migration<sup>23</sup> und andererseits durch die Abwanderung von Intelligenz (Brainrain)<sup>24</sup> und der schlechter werdenden Bildungspolitik<sup>25</sup>.

---

<sup>21</sup> <https://www.finanzen.net/aktien/corona-aktien> <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/wer-von-corona-profitiert-die-gewinner-der-krise-16685223.html>

<sup>22</sup> Mit Viren infizierte Menschen werden isoliert, um Ansteckungen zu verhindern, bei Schulden werden hingegen bildlich gesprochen Gesunde und Kranke in ein Bett gelegt. Das macht das gesamte System krisenanfälliger. Wenn Bürgschaften eingefordert werden, fließen viele Milliarden in fremde Taschen.

<sup>23</sup> Der Bildungsstand vieler Flüchtlinge ist niedriger als bislang vermutet: "Die Ergebnisse sind eindeutig." <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/bildungsstand-der-migranten-viel-geringer-als-gedacht-a1285408.html>

- Es droht Altersarmut, ein Problem, das schon seit den 1980er Jahren diskutiert, aber seitens der Politik niemals nachhaltig angegangen wurde. Die meisten Pensionsfonds, Kapitallebensversicherungen, diversen Sparpläne, die zur Altersvorsorge konzipiert waren, basierten auf Zinsseszinsmodellen, die ursprünglich von einem Zinssatz von 4 % oder mehr ausgingen. Bei den gegenwärtigen Zinssätzen ist per se von einem spürbaren Kaufkraftverlust auszugehen, weshalb die genannten Vorsorgeinstrumente scheitern werden.
- Die deutsche Infrastruktur ist marode. Der Sanierungsbedarf und Investitionsstau (Brücken, Kanalisation, Straßen, öffentliche Gebäude, ...militärische Ausrüstung) ist mit mehreren 100 Mrd. Euro enorm.
- Viele Unternehmen sind überschuldet (u. a. Zombieunternehmen<sup>26</sup>)
- Die sogenannte Nachhaltigkeitslücke des deutschen Bundeshaushaltes betrug schon 2019 die gigantische Summe von 7.600 Mrd. Euro<sup>27</sup> oder ca. 20 Bundeshaushalte, obwohl die Steuereinnahmen stiegen. (Bundestagsrede Dr. Hollnagel am 26.11.2019) Dabei haben die Höhe der Steuern und Abgaben unverantwortbare Höhen erreicht<sup>28</sup>: Die Bürger haben die Kontrolle über den größten Teil ihres Lohns für Arbeit dem Staat in die Hände gelegt.

Deutschland lebt in einer Wohlstandsillusion.

## 1.8 AUSBRUCH DER KRISE – WIRTSCHAFTLICHE SCHÄDEN DURCH DEN LOCKDOWN

---

### **XII. Am Anfang war die Ahnungslosigkeit**

„Am 31. Dezember versendet das internationale Frühwarnsystem ProMED eine E-Mail [– auch nach Berlin ans Robert Koch-Institut –]. Es geht um eine unbekannte Lungenentzündung in China. ... Ab da beginnt ein Wettlauf gegen die Zeit und gegen das, was zur Pandemie werden wird. Für einen solchen Fall hatte die Bundesregierung eine Art Blaupause - ein Papier aus dem Jahr 2012. Titel: "Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz". Darin steht, was im Falle einer Pandemie zu tun ist: Schulen schließen, Großveranstaltungen absagen. Doch bis die Politik solche Maßnahmen umsetzt, vergehen Wochen. ...“

Am 23. Januar 2020 sagt Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sagt in den tagesthemen: "Der Verlauf hier, das Infektionsgeschehen, ist deutlich milder, als wir es bei der Grippe sehen." Ende Januar treten die ersten Fälle – überwiegend harmlos – in Deutschland auf. Am 29. Januar, es gibt bereits weltweit Verdachtsfälle. Der Gesundheitsausschuss im Deutschen Bundestag behandelt das Thema am Ende der Sitzung. Der Chef des Robert Koch-Instituts, Lothar Wieler, beklagt die "mangelhafte Informationspolitik Chinas". Es sei immer noch nicht genau geklärt, wie das Virus übertragen werde.

Jens Spahn am 12. Februar, 2020: die Gefahr einer Pandemie sei "eine zurzeit irrealer Vorstellung".

Deutschland feiert dem 26. Februar Karneval und Fasching. In Passau findet der Politische Aschermittwoch statt, mit Bier und Gedränge. Am selben Tag, kommen im Bundesinnenministerium Experten zusammen. Bei dem Treffen geht es unter anderem darum, dass der Vorrat an Masken knapp werde, auch über ein mögliches Exportverbot für Schutzausrüstung wird gesprochen.

Am 2. März kommt der Gesundheitsausschuss zu einer Sondersitzung zusammen. Es wird auch über die Absage von Großveranstaltungen diskutiert. Gesundheitsminister Spahn macht klar, die Behörden vor Ort entscheiden sollten. Bis zu einer Empfehlung des Ministers, Großveranstaltungen abzusagen, vergeht fast eine Woche.

---

<sup>24</sup> <https://www.karriere.de/mein-naechster-job/brain-drain-zwei-drittel-aller-digitalexperten-wollen-deutschland-verlassen-und-zwar-hierhin/24414508.html>

<sup>25</sup> <https://www.rnd.de/politik/die-zehn-grossten-fehler-in-deutschlands-bildungssystem-3ZBSSKGJ3BC4PKRFFHEHY4JPFE.html>

<sup>26</sup> Sie überleben nur, weil sie kaum Zinsen zu zahlen haben.

<sup>27</sup> <https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/themen/generationenbilanz/>

<sup>28</sup> <https://www.welt.de/wirtschaft/article207627587/OECD-Bei-Steuern-und-Abgaben-ist-Deutschland-Spitzenreiter.html>

Am 11. März ruft die WHO den Pandemiefall aus. Eine Woche später, am 18. März, appelliert Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Fernsehansprache: "Es ist ernst. Nehmen Sie es auch ernst."

Deutschland kommt im internationalen Vergleich gut durch die Corona-Krise. Klar ist aber auch: 78 Tage sind vergangen von der ersten Meldung im Frühwarnsystem ProMED bis zu entschlossenen Maßnahmen: Großveranstaltungen abgesagt, Schulen zu, Geschäfte geschlossen. So wie es in der Blaupause von 2012 beschrieben steht. (Inhalt dieses Kapitels aus tagesschau.de<sup>29</sup>)

### **XIII. Angst wird geschürt**

Bis zum 9.3 hat die Regierungskoalition um über 10 % auf 43,5% verloren und damit ihre Mehrheit eingebüßt. Da kommt es zum Ausbruch der Corona-Pandemie. Im Fernsehen, den Nachrichten sieht man Särge. Die Infektionszahlen und Toten werden täglich aktualisiert. Angst wird geschürt. Die Zahl der Corona-Toten wird täglich veröffentlicht – aber nicht in Relation zur Gesamtbevölkerung oder anderen Todesfälle gesetzt. Das (staatliche) Robert-Koch-Institut warnt eindringlich vor Corona. Als Corona-Toter wird bezeichnet, wer gestorben ist und Symptome von Corona zeigte. In der Hochzeit der Corona-Krise wird die Zustimmung für die Regierungskoalition auf 55% steigen.

### **XIV. Der Lockdown und wirtschaftliche Folgen**

Die Regierung ist gefordert und lässt sich nicht lange bitten. Menschenleben sind wichtiger als das Wohlergehen der Wirtschaft. Zunächst zaghaft, dann aber rigoros erlässt die Regierung im Bund und den Ländern diverse Maßnahmen, die bis zur Einschränkung der grundgesetzlich garantierten Freiheiten reichen. Dem Corona-Virus wird der Krieg erklärt.<sup>30</sup> Der Lockdown<sup>31</sup> wird am 23.3. 2020 ausgerufen.

Ausgelöst durch den Lockdown kommt es zu mehreren Problemfeldern: Es kam zu einem

- **Angebotschock** durch: Unterbrochene Lieferketten (nicht nur aus China!), Produktionsausfälle z. B. durch Krankheit oder ausfallende Saisonarbeiter (z. B. Erntehelfer) und Anpassungsprobleme (Umstellung auf Homeoffice, Schließung der Lieferlücken),
- **Nachfrageschock** durch: Verdienstminderung, Verdienstaufschläge, Vermögensverluste (Börsenbrüche, Werteverluste bei Fonds), Reiseverbote und Minderverbräuche, Angst (Vorsorge erscheint wichtiger als Konsum) Hinzu kommt, dass auf staatliche Anweisung hin bestimmte Angebote wie Reisen, Messen, öffentliche Veranstaltungen usw. untersagt sind.

Beides führt aktuell zu einem konjunkturellen Einbruch, von dem die verschiedensten Branchen unterschiedlich betroffen sind. Es kommt zu Umsatzeinbußen, die zum Teil zu erheblichen Liquiditätsproblemen und Kreditausfällen (Stichwort Zombieunternehmen / Zombiekredite, Einzel- und Kleinunternehmer) und zum Teil zum kompletten Stillstand führen werden (Schaustellergewerbe, Künstler, Messeausstatter, Gastronomie- und Gaststättengewerbe, Friseure, Autoindustrie, ...). Kreditausfälle treffen Banken und können dort zu systemgefährdenden Kettenreaktionen führen.

## **1.9 DER RUF NACH DEM STAAT - DER BRANDSTIFTER SOLL DIE FEUERSBRUNST LÖSCHEN**

Die durch den Lockdown verursachten Liquiditätsprobleme belasten die Wirtschaft schwer. Jetzt werden Wirtschaftshilfen gefordert – unbürokratisch und schnell. Der Brandstifter soll die Folgen der Feuersbrunst beheben.

Der Ruf nach dem Staat bedeutet immer auch ein Ruf nach eigener Entmündigung; denn die vom Staat nun geforderten Lösungen kosten Geld. Geld, das den Bürgern aus der Hand genommen wird und über das sie nun nicht mehr frei nach eigenem Gusto entscheiden können. Sie verlieren also Freiheiten. Diese fallen der amtierenden Politik zu. Sie weitet ihre Macht aus.

<sup>29</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/corona-ausbruch-deutschland-rekonstruktion-101.html>

<sup>30</sup> <https://www.rnd.de/politik/krieg-gegen-corona-monsieur-macron-macht-sich-lacherlich-RTJFDN2FRREELFVTAQVR3GZ5MU.html>

<sup>31</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/kontaktverbot-coronavirus-101.html> ARD Nachrichten: Bund und Länder beschließen einen umfassenden Kontaktverbot. Schließung von (halb-)öffentlichen und privaten Einrichtungen, die Abriegelung von Gebieten, Stillstand des öffentlichen Lebens, Einschränkung grundgesetzlich geschützter Freiheiten.

## XV. Rettungspakete

Die EU-Finanzminister haben sich kurz vor Ostern 2020 auf folgendes „Rettungspaket“ geeinigt:

- den von der Pandemie besonders betroffenen Staaten werden vorsorglich Kreditlinien des Rettungsschirms (ISM) bis zu 240 Milliarden Euro zugebilligt
- die europäische Investitionsbank (EIB) stellt Garantien für Unternehmen im Umfang von 200 Milliarden Euro
- ein neues Kurzarbeiter-Programm („Sure“) der EU-Kommission umfasst 100 Milliarden Euro
- ein sogenannter „Recovery Fund“ soll Kosten von Staaten tragen, die im besonderen Maße von der Pandemie betroffen sind. Details und Finanzierung sind noch zu klären.

Diese Maßnahmen sind schon deswegen allesamt ungeeignet, weil Eigenverantwortlichkeit durch Gesamtverantwortlichkeit ersetzt wird. Das ist Antimarktwirtschaft pur: Wenn alle verantwortlich sind, fühlt sich keiner verantwortlich.

Zu den nationalen Maßnahmen zählen (CDU-Papier):

„Neues Infektionsschutzgesetz: Künftig soll die Bundesregierung im Fall einer bundesweiten Epidemie Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit zentral festlegen können. Das Bundesministerium für Gesundheit kann dann ohne Zustimmung des Bundesrates Regeln, Vorschriften und Einschränkungen festlegen. Diese umfassen: Reisebeschränkungen ins In- oder Ausland, Vorsichts- und Kontrollmaßnahmen, zentrale Steuerung der Grundversorgung mit Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln, Rekrutierung von medizinischem Personal – z. B. von Medizinstudenten – für aktiven Einsatz in Krankenhäusern

Hilfen für Klein- und Solo-Selbstständige: Zur Unterstützung für Klein- und Solo-Selbstständige stellt die Bundesregierung bis zu 50 Milliarden Euro an Hilfen bereit. Dazu zählen: Soforthilfen: bis 9.000 Euro Einmalzahlung für 3 Monate bei bis zu 5 Beschäftigten; bis 15.000 Euro Einmalzahlung für 3 Monate bei bis zu 10 Beschäftigten. Diese Soforthilfen sollen dazu beitragen, laufende Miet- und Pachtkosten zu zahlen. Kredite sollen kurzfristig bereitstehen. „Expressbürgschaften“ für Besitzer kleiner Läden, für Freiberufler und für Selbstständige sollen wenn möglich schon binnen drei Tagen gezahlt werden.

Hilfen für große Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen: Besonders wegen der Vielzahl an Arbeitsplätzen unterstützt die Bundesregierung auch größere Unternehmen mit gezielten Stabilisierungsmaßnahmen. Dazu fließen mehrere hundert Milliarden Euro in den „Wirtschaftsstabilisierungsfonds“ (WSF). 100 Milliarden Euro sind für Rekapitalisierungsmaßnahmen zur Kapitalstärkung vorgesehen, um die Solvenz von Unternehmen sicherzustellen. Kredite von bis zu 100 Milliarden Euro sind vorgesehen, um die KfW-Sonderprogramme zu refinanzieren.

Bundeshaushalt wird aufgestockt: Die Bundesregierung will für das laufende Jahr deutlich mehr Geld bereitstellen. Die Ausgaben des Bundes sollen deutlich ansteigen, um wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Folgen durch die Corona-Epidemie aufzufangen und abzumildern. Die eingeplanten Ausgaben steigen um 122,8 Milliarden auf 484,8 Milliarden Euro.

Maßnahmen zum Insolvenzschutz: Ein großes Risiko besteht derzeit darin, dass Hilfen beantragt sind, Gelder aber noch nicht fließen und Firmen deshalb in die Insolvenz gehen müssen. Die reguläre Drei-Wochen-Frist für einen Insolvenzantrag wird daher bis Ende September ausgesetzt. So können die von der Bundesregierung beschlossenen Hilfen greifen, Insolvenzen verhindern und Arbeitsplätze sichern.

Hilfen für Familien: Viele Familien treffen die Folgen der Epidemie besonders hart, wenn sie durch unbezahlten Urlaub zur Kinderbetreuung, durch Lohnausfälle oder durch Bezug von Kurzarbeitergeld zum Teil deutlich weniger Geld erhalten. Denn die Kosten bleiben im Allgemeinen gleich hoch. Diese Familien werden extra unterstützt: Familien mit deutlichen Einkommenseinbußen sollen entlastet werden. Familien mit kleinen Einkommen erhalten einfacheren Zugang zum Kinderzuschlag.

Schutz für Mieter: Wer seine Miete aufgrund der Corona-Epidemie nicht zahlen kann, z. B. weil Löhne erst verspätet gezahlt werden, braucht keine Kündigung wegen solcher Mietrückstände befürchten. Diese Kündigungsgründe sollen für einen bestimmten Zeitraum unterbunden wer-

den. Dabei ist klar: Die Miete muss nachgezahlt werden. Vermieter haben einen Rechtsanspruch auf den Mietzins.

Längere Unterbrechungen bei Strafprozessen möglich: Gesundheit geht vor! Aber Strafprozesse gehen nicht im Home-Office. Strafprozesse platzten aber dann, wenn sie länger als einen Monat ausgesetzt werden. Damit diese nach der Corona Krise nicht neu aufgerollt werden müssen, wird die Frist der erlaubten Prozessunterbrechung verlängert.<sup>32</sup>

Die Umsetzung vieler Maßnahmen geschieht in Hektik und derart unüberlegt, dass viele Betrügereien zu beobachten sind.<sup>33</sup> Und während die Großen gestützt werden, fallen viele Kleinen hinten runter.<sup>34</sup>

## XVI. Grundrechte werden ausgesetzt

Grundrechte sind einklagbare Abwehrrechte gegenüber dem Staat, haben jedoch auch Drittwirkung gegenüber Mitbürgern.

Im Zuge der Maßnahmen werden Freizügigkeit, Gleichheitsrechte, Recht auf körperliche Unversehrtheit, Versammlungsfreiheit, Recht auf Arbeit, Bildung und Religionsausübung, Meinungsfreiheit ausgesetzt.

Eingriffe durch den Staat während der Corona-Krise müssen eine gesetzliche Grundlage haben. Das Infektionsschutzgesetz ist keine Rechtsgrundlage, um die Grundrechte durch die Bundesregierung in dieser Intensität und in dieser Dauer einzuschränken. Auch notwendige Eingriffe wie das Kontaktverbot zu Risikogruppen müssen der ständigen Überprüfung unterliegen. Aus diesem Grund hat die AfD-Fraktion schon am 25.03.2020 im Bundestag gefordert, dass die Maßnahmen der Regierung monatlich kontrolliert und angepasst werden müssen. Denn nicht die Lockerungen unserer Freiheitsrechte sollen der ständigen Überprüfung unterliegen, sondern die einschränkenden Maßnahmen.

Nicht ohne Grund heben verschiedene Gerichte Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie wegen Willkür, Unverhältnismäßigkeit oder Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz auf.

## 1.10 FESTSTELLUNGEN

---

Folgende Feststellungen erscheinen bedeutsam:

1. Laut Stanford-Studie ist Corona nicht gefährlicher als eine übliche Influenza.<sup>35</sup> Die Sterblichkeitsrate liegt bei 0,12-0,2 %. Es wird aber die Messgenauigkeit und die Korrektheit der Probandenauswahl angezweifelt. Der entscheidende Unterschied zur Influenza: Es fehlt ein Impfstoff.
2. Wie die Daten des Robert-Koch-Institutes belegen<sup>36</sup> (s. Abb.), kam der Lockdown (23.3.2020) zu einem Zeitpunkt als die Epidemie schon im Abklingen war. Der Lockdown war also unnötig.

---

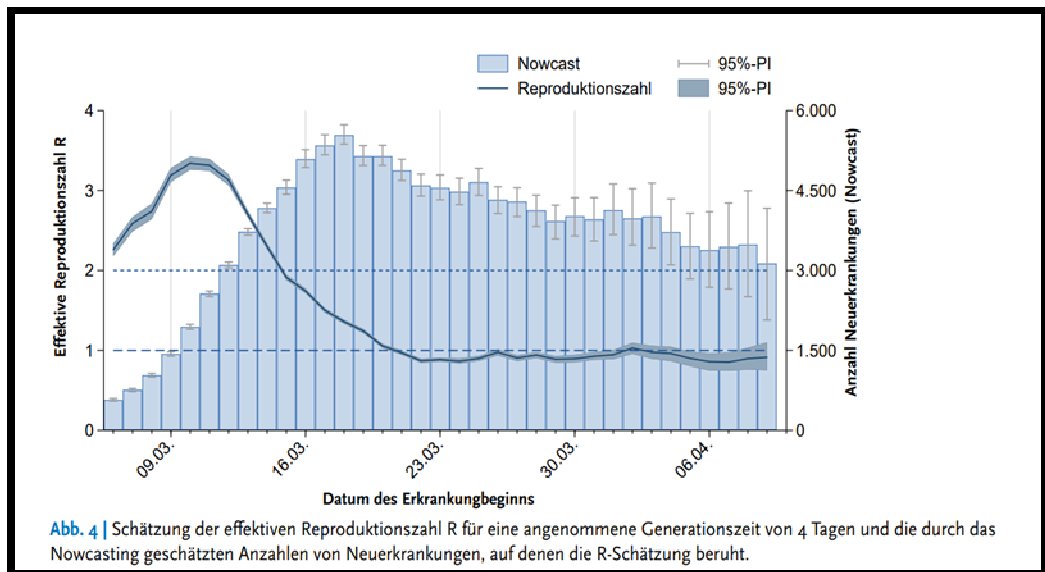
<sup>32</sup> <https://www.cdu.de/artikel/corona-aktuelle-massnahmen-der-bundesregierung>

<sup>33</sup> <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/corona-hilfe-betrug-1.4878548> <https://www.spiegel.de/panorama/berlin-arabische-clans-sollen-corona-soforthilfen-kassiert-haben-a-4162ed6c-2837-46cc-9b50-8a8426fd2763>

<sup>34</sup> <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Moneten-fuer-Adidas-Abfuhr-fuer-Mittelstaendler-article21739457.html>

<sup>35</sup> <https://www.n-tv.de/wissen/Coronavirus-nicht-gefaehrlicher-als-Grippe-article21752352.html>

<sup>36</sup> [https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2020/Ausgaben/17\\_20.pdf?blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2020/Ausgaben/17_20.pdf?blob=publicationFile)



Quelle: Robert-Koch-Institut<sup>37</sup>

- Die wirtschaftlichen Schäden beruhen zum einen auf dem von der Politik verfügten Lockdown und zum anderen auf die Unterbrechung von Lieferketten, die durch Corona und Lockdowns in anderen Ländern erfolgte.

Im Einzelnen:

- Die Konjunktur brach weltweit ein – in Deutschland um 14 % im Vergleich zum Vorjahresquartal
  - für 10 Mio. Arbeitnehmer wurde Kurzarbeit angemeldet
  - eine hohe Zahl wirtschaftlichen Existenzen werden vernichtet,
  - Einkommenseinbußen vieler Arbeitnehmer durch Kurzarbeit,
  - unzählige Entlassungen,
  - ein Haushaltsloch wegen steigender Sozialkosten, diverser Hilfsprogramme einerseits und verminderte Steuereinnahmen wegen des Konjunkturreinbruchs andererseits,
  - diverse nationale und internationale Bürgschaften im Umfang von mehreren Bundeshaushalten,
- Gesundheitliche Schäden waren durch den Lockdown größer als durch das Corona-Virus, wegen Todesfälle von Patienten infolge Corona-bedingter verschobener Operationen, abgesagte Folgebehandlungen und von Herz- und Schlaganfallpatienten, die sich wegen Corona nicht zu Vorsorgeuntersuchungen trauten.<sup>38</sup>

Die dadurch ausgelöste Krise trifft auf eine überschuldete Weltwirtschaft, überschuldete Staaten, einen angeschlagenen Ölmarkt, hohen Sozialkostenanteil in staatlichen Haushalten, überwiegend gesättigte Märkte, zumindest in Europa unterfinanzierte Banken und auf Entwicklungsländer, die in Fremdwährungen verschuldet sind. Schon vor dem Auftreten von Corona befanden sich viele Banken in Europa in einer sehr angespannten Ertragsituation. Ihr Eigenkapital ist zudem durch drohende Firmenpleiten (Zombieunternehmen) bedroht. Die gesamtwirtschaftliche Rentabilität ist schlecht. Der Ölpreis (WTI) sackt (nicht nur wegen Corona) von 62,76 US\$ am 30. 12. 2019 auf 8,68 US\$ am 13. 4. 2020 ab. Finanzierungen (nicht nur) in der Ölbranche sind gefährdet.

Es muss festgestellt werden, dass die wirtschaftlichen Schäden alleine für Deutschland so immens sind, dass deren Dämpfung die Verschuldung auf über 75 % des BIPs ansteigen lassen wird (zulässig sind 60%). Das geht einher mit einem Absacken der Wirtschaftsleistung um geschätzte 6,7 % in diesem Jahr.<sup>39</sup>

Die Börsen stürzten weltweit ab. In Deutschland sind (am 27. 3.) 470.000 Firmen in Kurzarbeit und damit 10,1 Mio. Menschen schlagartig in Kurzarbeit, die Arbeitslosigkeit steigt (30.3.)

<sup>37</sup> [https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2020/Ausgaben/17\\_20.pdf?\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2020/Ausgaben/17_20.pdf?_blob=publicationFile)

<sup>38</sup> [https://www.achgut.com/artikel/dossier\\_das\\_corona\\_papier\\_komplett\\_zum\\_download](https://www.achgut.com/artikel/dossier_das_corona_papier_komplett_zum_download)

<sup>39</sup> [https://www.dbresearch.de/MAIL/RPS\\_DE-PROD/PROD000000000507363.xhtml](https://www.dbresearch.de/MAIL/RPS_DE-PROD/PROD000000000507363.xhtml)

trotzdem auf 2,664 Mio. Arbeitslosen<sup>40</sup>. Die derzeitigen Kosten betragen für Deutschland gemäß McKinsey 15 Milliarden Euro pro Woche<sup>41</sup>. Weltweit ist die Existenz der Hälfte aller Beschäftigten bedroht.<sup>42</sup> Das Kapital fließt aus den Entwicklungsländern ab. Das alleine schon führt dort zu finanziellen Engpässen.<sup>43</sup> Erwähnenswert sind auch noch die erhöhten Selbstmordraten<sup>44</sup>, zunehmenden Depressionen<sup>45</sup>, erhöhte häusliche Gewalt<sup>46</sup>, zunehmende Kriminalität<sup>47</sup>, Erkrankung in Folge des Lockdowns<sup>48</sup>. Die Medizin erweist sich gefährlicher als die Krankheit<sup>49</sup>. Im Kampf gegen das Coronavirus ist sich jeder selbst der Nächste.<sup>50</sup> Es zeigt sich, dass Solidarität von solchen eingefordert wird, die glauben Ansprüche anmelden zu können.

Es ist offenbar nötig neben der Neuverschuldung von Bund, Ländern und Kommunen von 260 Mrd.€<sup>51</sup> weitere 600 Mrd. € (!)<sup>52</sup> durch den Wirtschaftsstabilisierungsfonds zu mobilisiert, um die Wirtschaft aufzufangen.<sup>53</sup>

Resümee: Die regierende Politik hat auf der ganzen Linie versagt.

## 1.11 AUSBLICK

Natürlich ist es schwierig, Voraussagen für das Verhalten eine Regierung zu machen, da dies von vielen Faktoren beeinflusst wird. Dennoch seien hier folgende Prognosen gewagt:

Es wird zu einer schweren Wirtschaft- und Finanzkrise kommen, in deren Folge es zu politischen Krisen und Veränderungen kommen kann. Die wirtschaftlichen Ergebnisse des Lockdowns: Der Lockdown ruiniert die Wirtschaft.<sup>54</sup> Der Mittelstand bezahlt die Zeche, während die Großen und die Internetanbieter gewinnen. Das wirtschaftliche Erfolgsmodell Deutschlands – Mittelstandswirtschaft – nimmt schweren Schaden. Wir laufen europaweit auf einen Manchesterkapitalismus (die Macht haben wenige Großkonzerne, der Staat beschützt sie) oder auf einen zentralplanerischen Utopismus (Grüne) zu.

### I. Gesellschaftliche Spaltung

Infolge dieser Krise besteht die Gefahr einer gesellschaftlichen Spaltung, weil die Menschen von der Krise sehr unterschiedlich getroffen werden. Einerseits bleiben die staatlich alimentierten Mi-

<sup>40</sup> <https://www.tagesspiegel.de/wissen/coronavirus-pandemie-in-deutschland-rki-erteilt-immunitaetspaessen-vorerst-eine-absage/25560996.html>

<sup>41</sup> [https://www.focus.de/finanzen/boerse/aktien/wirtschaftskrise-kurz-vor-auto-gipfel-mit-kanzlerin-gewerkschaft-will-praemie-fuer-neuwagen-verhindern\\_id\\_11748475.html](https://www.focus.de/finanzen/boerse/aktien/wirtschaftskrise-kurz-vor-auto-gipfel-mit-kanzlerin-gewerkschaft-will-praemie-fuer-neuwagen-verhindern_id_11748475.html)

<sup>42</sup> <https://deutsch.rt.com/international/101905-ilo-fast-halfte-aller-arbeitskraefte/>

<sup>43</sup> <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/503633/Die-weltweiten-Kapitalstroeme-versiegen-Erste-Staaten-steuern-auf-Waehrungskrisen-zu>

<sup>44</sup> <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/ranghoher-mitarbeiter-zweiter-selbstmord-innerhalb-eines-monats-in-hessens-finanzministerium-a3218153.html>

<sup>45</sup> <https://www.deutsche-depressionshilfe.de/corona>, <https://www.mta-dialog.de/artikel/corona-krise-vermehrt-depressionen-und-suizide.html>

<sup>46</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/corona-europarat-haesusliche-gewalt-peicinovic-buric-101.html>

<sup>47</sup> [https://www.focus.de/panorama/welt/sorge-vor-sozialen-unruhen-supermaerkte-gepluendert-apotheken-ueberfallen-italiens-geheimdienst-warnt-vor-aufstaenden\\_id\\_11826664.html](https://www.focus.de/panorama/welt/sorge-vor-sozialen-unruhen-supermaerkte-gepluendert-apotheken-ueberfallen-italiens-geheimdienst-warnt-vor-aufstaenden_id_11826664.html)

<sup>48</sup> <https://www.presseportal.de/pm/58964/4557797>

<sup>49</sup> Kliniken melden Kurzarbeit: <https://www.heilpraxisnet.de/naturheilpraxis/trotz-corona-pandemie-zwei-kliniken-melden-kurzGesellschaftliche-Spaltungarbeit-an-20200418512935>

<sup>50</sup> <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article207619327/Das-Virus-und-Europa-Corona-zerlegt-die-EU-in-ihre-Einzelstaaten.html>

<sup>51</sup> [https://www.bing.com/images/search?view=detailV2&ccid=bMTbtUcE&id=5AC39F6BC8E834EAAD949A74B5ECDD32850F2681&thid=OIP\\_bMTbtUcEX2F1sRXWvDmVdwEsCd&mediarurl=https%3a%2f%2fwww.iwd.de%2ffileadmin%2fArtikel%2f2020%2fNeuverschuldung\\_in\\_Corona-Kri-sa\\_unausweichlich%2fWD\\_2020\\_05\\_05\\_Schuldenstand\\_FB.png&exph=629&expw=1200&q=neuverschuldung+deutschland+corona&simid=608034456813897846&selectedIndex=0&ajaxhist=0](https://www.bing.com/images/search?view=detailV2&ccid=bMTbtUcE&id=5AC39F6BC8E834EAAD949A74B5ECDD32850F2681&thid=OIP_bMTbtUcEX2F1sRXWvDmVdwEsCd&mediarurl=https%3a%2f%2fwww.iwd.de%2ffileadmin%2fArtikel%2f2020%2fNeuverschuldung_in_Corona-Kri-sa_unausweichlich%2fWD_2020_05_05_Schuldenstand_FB.png&exph=629&expw=1200&q=neuverschuldung+deutschland+corona&simid=608034456813897846&selectedIndex=0&ajaxhist=0)

<sup>52</sup> <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Corona-Schutzschild/2020-03-13-Milliarden-Schutzschild-fuer-Deutschland.html>

<sup>53</sup> [https://www.achgut.com/artikel/dossier\\_das\\_corona\\_papier\\_komplett\\_zum\\_download](https://www.achgut.com/artikel/dossier_das_corona_papier_komplett_zum_download)

<sup>54</sup> [https://www.focus.de/finanzen/boerse/konjunktur/lockdown-schwedischer-experte-warnt-deutschland-ruiniert-seine-wirtschaft\\_id\\_11914598.html](https://www.focus.de/finanzen/boerse/konjunktur/lockdown-schwedischer-experte-warnt-deutschland-ruiniert-seine-wirtschaft_id_11914598.html)



lieus (vor allem Beamte und Rentner) unberührt, während Selbstständige und die Industriearbeiterschaft von der Krise hart getroffen werden. Zu den betroffenen Branchen werden wahrscheinlich besonders der Einzelhandel, das Hotel- und Gaststättengewerbe, Großveranstalter und die Tourismusbranche zählen. Je nachdem, wie im Ausland die Krise bewältigt wird, werden auch die Exportindustrie und deren Zulieferer mehr oder weniger zum Kreis der Betroffenen gehören. Die Regierungskoalition wird durch Schuldenaufnahme und Investitionen versuchen, die finanziellen Lücken zu schließen um Nachfrage zu schaffen. Sie wird versuchen, sich als verlässlicher Garant für Stabilität und Arbeitsplatzsicherung zu verkaufen.

Die Wirtschaft wird sich dadurch verändern, dass viele Unternehmen Konkurs gehen werden. Die Überlebenden teilen sich den Kuchen.

## **II. Mit Schuldenspritzen die Schmerzen betäuben**

Die finanzielle Belastung des Staates wird mit jeder Woche der Krise steigen und kann einen ungeahnten Umfang annehmen. Die jetzt schon sichtbar werdenden neuen Europrogramme mit Deutschland als Zahlmeister, Hilfsangebote in Form von Darlehen und Bürgschaften für Deutsche und europäische Partner kommen hinzu, die für die Bürger aber im Moment noch nicht spürbar sind.

Da Firmen in den Konkurs rutschen, werden Kredite notleidend. Das bekommen die Kreditgeber (Banken,) zu spüren – und bei Staatshaftungen (z. B. KfW-Kredite) die Staatskasse. Die guten Ratings der Bundesrepublik sind gefährdet. Die Zinskosten könnten spürbar steigen – und ebenfalls den Haushalt treffen. Auch hier können Kredite helfen – vorübergehend. Die Banken würden kaum noch vom Staat gerettet werden können. Die EZB könnte einspringen – mit neugedrucktem Geld.

Selbst wenn alle Geschäfte wieder öffnen, so ist die Massenkauftkraft wegen der steigenden Arbeitslosen und Kurzarbeiter doch merklich gesunken. Da auch die Auslandsnachfrage nicht sehr schnell wieder anspringen wird, sinkt die Nachfrage merklich. Da helfen auch keine Konjunkturprogramme, die ohnehin nur bestimmten Branchen zugutekommen.

Ohnehin ist es naiv zu glauben, dass Geld alleine die Probleme löst. Wenn Angst vor der Zukunft herrscht, wird jeder entbehrliche Cent gespart, statt konsumiert. Das drückt die Nachfrage weiter.

## **III. Böses Erwachen, wenn die Betäubung nachlässt**

Das ganze Ausmaß der Krise wird erst sichtbar werden, wenn die Steuermindereinnahmen zu Buche schlagen, sich die höheren Sozialkosten niederschlagen, die gewährten Kredite und Hilfen zurückgezahlt werden müssen, ggf. höhere Steuern oder eine Vermögensabgabe<sup>55</sup> zu entrichten sind und unter Umständen Regressansprüche aus Bürgschaften angemeldet werden und Kreditstilgungen ausbleiben. Irgendwann wird der Bevölkerung bewusstwerden, dass jede Rechnung bezahlt werden muss. Schon zuvor kann es zu einer wirtschaftlichen und psychologischen Depression kommen.

Am Ende der Krise wird sich herausstellen: die Kleinen verlieren, während die Großen gewinnen oder gestützt werden: der Mittelstand bezahlt.

Solange die Bürger die persönliche Betroffenheit nicht spüren, wird sich die Regierungskoalition als erfolgreicher Krisenmanager verkaufen können. Sie wird auch immer behaupten, dass der Lockdown unbedingt nötig gewesen wäre, um den Tod vieler Menschen zu verhindern. Dieses Argument wird immer wieder wiederholt werden.

## **IV. Wenn die Wahrheit ans Licht kommt**

Es sind zwei grundsätzlich Szenarien möglich:

- Stellt sich heraus, dass die Regierungskoalition unverhältnismäßig agiert hat und hunderttausende von Milliarden € an Ausgaben zu vertreten hat, kommt es zu einer großen Vertrauenskrise.

---

<sup>55</sup> Wie sie schon die SPD gefordert hat <https://www.stern.de/politik/deutschland/spd-erwaegt-vermoegensabgabe-zur-bewaeltigung-von-corona-krise--9206836.html> und die Linke <https://www.tagesschau.de/inland/linke-vermoegensabgabe-corona-101.html>



- Wird die Pandemie im Gegensatz dazu als unvermeidbarer Schicksalsschlag angesehen, so könnte die Regierung versuchen, sich als erfolgreicher Krisenmanager darzustellen.

---

## 2. Vorschläge im Einzelnen

---

### 3.1 GRUNDSÄTZLICHES

---

Grundsätzlich sollte aus marktwirtschaftlicher Sicht bedacht werden:

- Damit der Egoismus des Einzelnen der Gemeinschaft als Ganzes zugutekommt<sup>56</sup>, bedarf es der Einhaltung bestimmter Prinzipien (siehe Anlage: Marktwirtschaftliche Prinzipien).
- Leistung muss sich lohnen, damit sie aus eigenem Antrieb heraus erbracht wird.
- Damit das Schmarotzertum nicht vagabundiert und sich bequem an der Leistung anderer gütlich tut und Leistungsträger vergrault, können Ansprüche (gegenüber dem Staat) nur aus Leistungen (an den Staat) erwachsen.

Das Corona Virus kennt keinen Schuldigen. Prinzipiell hat deswegen jeder – auch nach den marktwirtschaftlichen Prinzipien – sein Risiko selbst zu tragen. Alleine, wenn der einzelne überfordert ist und staatliche Maßnahmen im gesamtstaatlichen Interesse liegen, kann Hilfe zur Selbsthilfe angezeigt sein.

Die marktwirtschaftlichen Prinzipien besagen auch, dass die Aufgabe des Staates in wirtschaftlicher Hinsicht ausschließlich darin besteht, einen Ordnungsrahmen zu installieren und deren Einhaltung zu garantieren. Allerdings kann es im gesamtwirtschaftlichen Interesse des Staates liegen, bei Naturkatastrophen stützend einzugreifen. Solche Eingriffe müssen aber aus neutraler Sicht gerechtfertigt sein. Die Folgen staatlicher Eingriffe dürfen nicht schwerwiegendere Folgen haben, als die Ursache der Eingriffe selbst.

Planwirtschaft neigt zu Fehlsteuerungen, deswegen müssen marktwirtschaftlichen Konzepte präferiert werden.

### 2.2 LOCKDOWN BEENDEN INFEKTIONSSCHUTZGESETZ UMSETZEN

---

Der durch den Lockdown angerichtete gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden zeigt, dass die Maßnahmen unverhältnismäßig und deswegen nicht gerechtfertigt sind. Schon in ihrem Positionspapier vom 7.4.2020 fordert die AfD-Fraktion im Bundestag eine schrittweise Normalisierung der wirtschaftlichen Tätigkeit unter Hygiene-Auflagen ab dem 14.4.2020. Jetzt stellen wir fest, dass die Reproduktionsraten des Corona-Virus deutlich unter 1 gesunken sind. Wir fordern deswegen nun nachdrücklich eine vollständige Aufnahme des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens (unter Wahrung der Abstandsregeln) überall dort, wo dies möglich ist.

Die Alternative für Deutschland sollte fordern:

- Den Lockout und die Einschränkungen des Grundgesetzes beenden,
- Hygieneregeln einhalten und
- das (alte) Infektionsschutzgesetz anwenden. Letzteres heißt konkret: Personen, die aus Risikogebieten kommen und Verdachtsfälle beobachten, Erkrankte, Kontaktpersonen und Ausscheider isolieren.

### 2.3 FREIHEIT UND EIGENVERANTWORTLICHKEIT STATT EUROZENTRALISMUS – EINFÜHRUNG EINER PARALLELWÄHRUNG

---

Ziel muss es sein, den Bürgern Freiheit zurück zu geben, was heißt, die Macht des Staates zu beschneiden, den Bürgern mehr Geld und Eigenverantwortlichkeit zu lassen. Mündige Bürger wissen selbst, was für sie richtig ist. Sie wollen keine Degradierung zu Befehlsempfängern. Sie wissen selbst, wie sie ihr Geld am besten ausgeben oder anlegen.

Natürlich muss es darum gehen, die Ursachen der Fehlentwicklungen zu bekämpfen. Eine wesentliche Ursache ist das verfehlte Zinsdiktat der EZB. Das Zinsdiktat, die falschen Anreize, müssen beendet werden. Die Zinsen müssen wieder ihre kapitalenkende Funktion erfüllen; d. h. die

---

<sup>56</sup> Sinngemäß nach Ludwig Erhard: „Wohlstand für Alle“, ECON, Düsseldorf 1957

Zinshöhe muss dem Risiko angemessen sein. Die EZB hat sich jedoch in eine Sackgasse manövriert. Der Weg daraus ist langwierig und würde die Wirtschaft viele Jahre lähmen. Zugleich sind die Vertragsgrundlagen der Verträge von Maastricht und die Folgenverträge obsolet geworden. Niemand hält sich mehr an sie. Deswegen ist eine rasche Trennung vom Euro-System und das damit verbundene Kappen der gefährlichen Haftungsketten zielführender: rechtlich zulässig und wirtschaftlich geboten.

Die Lösung: Eine (durch reale Werte gedeckte<sup>57</sup>) Parallelwährung sollte in starken Volkswirtschaften installiert werden. Die neue Parallelwährung soll mit unserem Gold, unseren Grundstücken im Staatsbesitz, und unserer Wirtschaftsleistung gedeckt sein. Die neue starke Währung würde automatisch den Euro verdrängen. Er bräuchte also nicht formal abgeschafft zu werden. Den „schwachen“ Volkswirtschaften, bliebe der schwache Euro erhalten. Seine Abwertung würde deren Exporte erleichtern. Schulden in Euro wären leichter rückzahlbar, Kredit-Ausfälle unwahrscheinlicher und die Banken damit sicherer. Dies wäre der Königsweg.

Als Druckmittel zur Umsetzung des Vorhabens könnten die Target-2-Salden dienen: Bezüglich eines möglichen Ausstiegs Italiens aus dem Euro-Verbund äußerte Draghi (damals EZB-Präsident), dass Italien dann seine negativen Salden bei der EZB ausgleichen müsste. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass Deutschland diese Salden bei einem Ausstieg zustehen würden – immerhin derzeit fast 1.000 Mrd. Euro –.

Warum muss Deutschland aus dem Eurosystem aussteigen? Würde ein wirtschaftlich schwaches Land den Euroraum verlassen, so würde seine neue Währung sehr schnell an Außenwert verlieren. Sagen wir zum Beispiel um 50 %. Seine Euroschulden würden nun in Landeswährung um 100 % steigen, die Rückzahlung für das Land unmöglich machen und eine schwere Bankschuldenkrise auslösen.

Scheidet Deutschland aus dem Euro aus, so bleiben die Bilanzrelationen innerhalb der verbleibenden Länder unverändert. Eine neue D-Mark würde eine stabile Währung sein können. Ihr Kursanstieg würde für Deutschland die Exporte verteuern und die Importe verbilligen. Dass das durchaus funktionieren kann, zeigt die Vergangenheit der D-Mark: Ihr Wechselkurs stieg und die Exporte auch. Preiswerte Importe und billigere Auslandsreisen würden den Wohlstand in Deutschland mehren können – wie selbst in der Spätzeit der D-Mark.

## 2.4 WIRTSCHAFTLICHE EFFIZIENZ STEIGERN

---

### I. *Gebot der Wirtschaftlichkeit einfordern*

Grundsätzlich hat der Staat nichts zu verschenken und ist in wirtschaftlicher Hinsicht gehalten, das Gebot der Wirtschaftlichkeit (Sorgfaltspflicht, Staat als Treuhänder) umzusetzen. Daraus ist abzuleiten:

- Straftatbestand der Steuergeldverschwendung ist einzuführen,
- die Wirkungen von Maßnahmen gleich welcher Art sind abzuschätzen und abzuwägen,
- alle Gesetze haben prinzipiell zeitlich befristet zu sein und
- müssen Bestandteil eines schlüssigen Gesamtkonzeptes sein.

Das trifft auch und gerade für alle Maßnahmen des „Green Deals“, bzw. der sogenannten Energiewende zu. Zur Erinnerung: Die Weltklimaerwärmung durch sämtliche CO<sub>2</sub>-Emissionen Deutschlands beträgt 0,000653 °C im Jahr.

### II. *Wirtschaftliche Effizienz steigern - Bürokratie-Abbau-Gesetz/den Staat verschlanken*

Immer wieder wird uns versprochen, dass die Bürokratie abgebaut wird, doch das Gegenteil geschieht. Um die Effizienz unserer gesamten Wirtschaft zu steigern, wollen wir nun gezielt das Bü-

---

<sup>57</sup> Das wirtschaftliche Problem besteht darin, mit begrenzt vorhandenen Mitteln, die im Prinzip unbegrenzten Bedürfnisse (Wünsche und Forderungen) zu befriedigen. Dieses Allokationsproblem wird mithilfe der Preise gelöst. Sie sind die Indikatoren für Knappheit. Das Geld unterliegt der gleichen Indikation. Umso wichtiger ist es, dass das Geld als „Anker“ verlässlich ist. Das wird es nur sein können, wenn es durch reale Werte gedeckt ist.

rokratie-Dickicht lichten. Wo immer möglich, soll das Gebot der Wirtschaftlichkeit eingefordert werden. Hierfür muss sich Deutschland von drangsalierenden Brüsseler Vorschriften lossagen. *(Vorschlag dazu ist meines Wissens nach im AK Wirtschaft in Arbeit.)*

## 2.5 NACHFRAGESCHOCK BEGEGNEN – DIE MASSENKAUFKRAFT ERHÖHEN

---

### III. Umsatzsteuer spürbar senken

Konjunkturprogramme beinhalten in der Regel Infrastrukturmaßnahmen (z. B. Straßenbau). Dadurch sind aber nur bestimmte Branchen betroffen. Dass die Belebung in diesen Bereichen auf die gesamte Wirtschaft durchschlägt ist nicht sicher.

Die reguläre Umsatzsteuer soll um 4 % und die ermäßigte Umsatzsteuer um 2 % gesenkt werden.

Was sind die Folgen: Sinkt die Umsatzsteuer, sinken die Preise. Dadurch wird die Kaufkraft der Löhne gesteigert. Gleichzeitig gewinnen Ersparnisse an Wert. Die Menschen können mehr konsumieren. Eine zusätzliche Belastung unserer Unternehmen, als tragende Säulen, findet nicht statt. All dies wird der Konjunktur auf die Sprünge helfen. *(Antrag Umsatzsteuer senken von Hollnagel bereits durch die FraSi)*

Auch die Abschaffung der kalten Progression ist ein Beitrag für eine nachhaltige Konjunkturstützung. *(Antrag AK Finanzen liegt vor „Tarif auf Rädern“)*.

### IV. Abschaffung des EEG

Die EEG-Umlage belastet die Haushalte in unangemessener Weise, ohne die beabsichtigten Effekte erzielt zu haben. *(Antrag von Hollnagel bereits im Plenum abgelehnt)*

### V. Solis ersatzlos streichen

Das Bundesverfassungsgericht hat die Streichung des Solidaritätszuschlags verordnet. Wir begrüßen das und fordern deswegen die sofortige vollumfängliche Streichung des Solis, ohne Wenn und Aber. Die Wirkung ist, wie bei der Senkung der Umsatzsteuer, dass die Bürger mehr Geld in der Tasche haben und die Konjunktur belebt wird. *(Antrag mehrmals an verschiedenen Stellen behandelt, im Plenum abgelehnt)*.

## 2.6 ANGEBOTSSCHOCK BEGEGNEN

---

Dem Angebotsschock kann entgegengewirkt werden, indem Lieferketten geschlossen und Produktions- und Handelshemmnisse sofort beseitigt werden – die Reaktionsfähigkeit der Wirtschaft muss erhöht werden.

### VI. Notfallfonds

Ein Notfallfonds des Bundes im Sinne eines Wirtschaftsstabilisierungsfonds, verwaltet durch die KfW, kann Eigenkapitalhilfen für prinzipiell gesunde Unternehmen und strikten Auflagen gewähren. Der Notfallfonds soll durch Herausgabe von KfW-Anleihen finanziert werden. Diese Mittel sollen eingesetzt werden, um gesunde, aber durch die Corona-Maßnahmen und den Börsensturz gefährdete Firmen zu erhalten und Abwanderung von Knowhow zu unterbinden *(Antrag zu Notfallfonds von Hollnagel in Arbeit)*.

Um Banken krisensicherer zu machen, sollte ein Trennbanksystem überlegt werden.

Grundsätzlich aber muss gelten: Firmen, die sich als nicht überlebensfähig erweisen, müssen den Markt verlassen, um neuen Kräften und Ideen Raum zu geben.

## VII. *Negativzinsen verbieten*

Wir fordern ein Verbot von Negativzinsen. Sie belasten neben Ländern und Kommunen besonders auch Privatpersonen.

Wenn nun die Bundesbank Negativzinsen vereinnahmt, erhöht sie ihren Gewinn. Den Gewinn muss sie an den Bund abführen. So gelangen Einnahmen aus Negativzinsen – veranlasst durch die EZB – in die Kasse des Bundes. Die EZB hat aber keine Steuerhoheit, weswegen zu bezweifeln ist, dass dieses Vorgehen verfassungsgemäß ist.

Die deutsche Wirtschaft kann nur gesund sein, wenn die volkswirtschaftlichen Grundlagen stimmen. Hierfür müssen wir dem EZB-Zinsdiktat Einhalt gebieten. Auch die indirekte Staatsfinanzierung durch Anleihekäufe der EZB muss unterbunden werden.

## VIII. *Planwirtschaftliche Maßnahmen, Disziplinierungsmaßnahmen und Bevormundung einstellen*

Durch Bevormundung und Disziplinierung will der Staat die Bürger dazu bringen, sich so zu verhalten, wie der Staat es für opportun hält. Das gilt insbesondere für Maßnahmen im Zusammenhang der „Energiewende“, Kapitalsteuerung (Stichwort: Sustainable Finance) und der Bewältigung der „Corona-Krise“, die effektiv durch die Anwendung des Infektionsschutzgesetzes hätte gelöst werden können.

## 2.7 SCHUTZ ÖFFENTLICHER HAUSHALTE

---

Dem Schutz der öffentlichen Haushalte dient auch das oben erwähnte Gebot der Wirtschaftlichkeit und ein Verbot von Negativzinsen (denn sie haben zum Teil erhebliche Geldbestände auf ihren Konten). Weiterhin sind folgende Maßnahmen sinnvoll:

## IX. *Schluss mit den Haftungen für Andere*

Die Haftungsketten müssen gesprengt werden. Das gebietet schon die „No-Bailout-Klausel“ des Maastricht Vertrages. Das bedeutet:

- keine Anleihekäufe durch die EZB, denn für diese Käufe haftet die deutsche Zentralbank und damit die Bundesrepublik Deutschland
- keine Rettungsschirme, bei denen Staaten füreinander haften
- kein EU-Budget, das durch Kredite (und damit Haftungen) gehebelt werden kann
- keine Bankenunion, damit nicht Banken untereinander und Kontoinhaber nicht für Banken einstehen müssen. Ein Kunde haftet ja auch nicht für das Geschäft, in dem er einkauft. Es darf nicht sein, dass eine deutsche Bank für eine griechische haftet.
- Haftungsgemeinschaften - also auch Corona-Bonds – sind grundsätzlich abzulehnen, da sie dem Prinzip des eigenverantwortlichen Handelns zuwiderlaufen. *(Ein genereller Antrag ist von P. Boehringer eingebracht, ein spezieller Antrag von Hollnagel zu Coronabonds in Arbeit)*

### Italien und Frankreich brauchen Deutschland nicht!

Wie absurd Gemeinschaftshaftungen sind und wie wenig solidarisch, zeigt das Beispiel Italien. Italien fordert u. a. von Deutschland Hilfen zur Überbrückung der Corona-Krise:

Italiener haben ein ca. 2,6-fach höheres Medianvermögen als die Deutschen. Viel mehr Italiener als Deutsche wohnen in den eigenen vier Wänden. Italiener sind also reicher als die Deutschen. Wenn jemand solidarische Unterstützung von Italien fordern könnte, dann wären es die Deutschen. Italiener besitzen etwa 9.900 Mrd. Privatvermögen. Würden sie einmalig eine Vermögensabgabe an den italienischen Staat zahlen, würde die italienische Staatsverschuldung (gemessen am BIP) unter die der Deutschen sinken und die Italiener hätten noch immer mehr Privatvermögen als die Deutschen. Die Zinsverpflichtungen des italienischen Staates würden sinken und der

Staat könnte – bei gleicher Leistung – Steuern und Abgaben senken. Italien wäre aus eigener Kraft der Stagnation entkommen.<sup>58</sup> Ergebnis: Italien braucht Deutschland nicht!

Das Gleiche gilt für Frankreich: das Median-Vermögen Deutschlands ca. 35.000 € beträgt. Das der 101.000 € also über 2,7 Mal so hoch. Außerdem ist das durchschnittliche Vermögen der Franzosen ca. 60.000 € höher als das der Deutschen.<sup>59</sup> Würden also die Franzosen durch eine Vermögensabgabe pro Kopf ca. 34.000 € bezahlen, so wäre die französische Bevölkerung immer noch reicher als die deutsche, hätte aber keinerlei Staatsschulden mehr.

#### X. *Subventionsabbau-Gesetz*

Subventionen wo immer möglich unverzüglich einstellen, Ausgaben auf Sinnhaftigkeit und Effizienz (Wirtschaftlichkeitsgebot) überprüfen.

### 2.8 STABILES GELD SCHAFFEN UND ZINSHOHEIT EINFORDERN

---

Wir erleben, wie der Euro immer mehr an Wert verliert und zugleich die Ersparnisse keine Zinserträge mehr bringen. Unser Geld ist durch nichts unterlegt.<sup>60</sup> Die Folge: Unser Geld ist kein sicherer Zufluchtsort mehr. Das muss sich ändern; denn wir wollen den Wert geleisteter Arbeit (Ersparnisse) erhalten und für unser Alter vorsorgen können.

Dazu brauchen wir wieder eine eigene, stabile Währung. Sie soll neben dem Euro ein vollwertiges Zahlungsmittel sein. Die neue Parallelwährung soll mit unserem Gold, unseren Grundstücken im Staatsbesitz, und unserer Wirtschaftsleistung gedeckt sein.

Die Geldmenge muss dauerhaft in einem angemessenen Verhältnis zur Wirtschaftsleistung stehen. Geld in eigener Verantwortung ist auch erforderlich, damit der Leitzins der Situation angemessen ist. Das erfordert eine politisch unabhängige eigene Zentralbank nach altem, bewährtem Muster.

Die Einführung der Parallelwährung soll mit den Partnerländern abgestimmt werden und die Lösung des Target-2-Problems beinhalten.

Eine unabhängige Zentralbank soll das Geld sichern und für angemessene Zinsen sorgen, damit das Geld in wirtschaftlich effektive Kanäle gelenkt wird. Der Zinssatz muss seine Kapitallenkungs-funktion zurückerhalten. Sparen muss sich lohnen, genau wie auch Arbeit sich lohnen muss.

### 2.9 REVITALISIERUNG DER EWG

---

Das bedeutet, dass die Staaten eigenverantwortlich handeln und zugleich in einer Freihandelszone miteinander verbunden sind. Zweckbündnisse, beispielsweise auf den Gebieten innerer Sicherheit, Gesundheit und Verteidigung sind möglich.

### 2.10 EINHALTUNG DES STRAFGESETZBUCHES § 240 NÖTIGUNG FORDERN

---

Das Strafgesetzbuch §240 Nötigung besagt:

„(1) Wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Rechtswidrig ist die Tat, wenn die Anwendung der Gewalt oder die Androhung des Übels zu dem angestrebten Zweck als verwerflich anzusehen ist.

(3) Der Versuch ist strafbar.

---

<sup>58</sup> [https://www.focus.de/finanzen/boerse/experten/eurobonds-italien-will-lieber-deutschland-zahlen-lassen-als-seine-buerger\\_id\\_11917977.html](https://www.focus.de/finanzen/boerse/experten/eurobonds-italien-will-lieber-deutschland-zahlen-lassen-als-seine-buerger_id_11917977.html)

<sup>59</sup> Quelle: „The Global wealth report 2019“ credit-suisse.com 2019

<sup>60</sup> <https://finanzmarktwelt.de/ezb-akzeptiert-schrott-165011/>

(4) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1. eine Schwangere zum Schwangerschaftsabbruch nötigt oder
2. seine Befugnisse oder seine Stellung als Amtsträger missbraucht.“

Dies erscheint im Falle des Lockdowns gegeben zu sein. Das Gesetz sollte angewandt werden. Der Lockdown ruiniert die deutsche Wirtschaft aber rettet kein einziges Leben<sup>61</sup>

## 2.11 GRUNDRECHTE WIEDER HERSTELLEN

---

Grundrechte sind einklagbare Abwehrrechte gegenüber dem Staat, haben jedoch auch Drittwirkung gegenüber Mitbürgern.

Freizügigkeit, Gleichheitsrechte, Recht auf körperliche Unversehrtheit, Versammlungsfreiheit, Recht auf Arbeit, Bildung und Religionsausübung, Meinungsfreiheit sind unverhandelbar.

Eingriffe in der Corona-Krise müssen eine gesetzliche Grundlage haben. Das Infektionsschutzgesetz ist keine Rechtsgrundlage, um die Grundrechte durch die Bundesregierung in dieser Intensität und in dieser Dauer einzuschränken. Auch notwendige Eingriffe wie das Kontaktverbot zu Risikogruppen müssen der ständigen Überprüfung unterliegen.

Aus gutem Grund hat die AfD-Fraktion schon am 25.03.2020 im Bundestag gefordert, dass die Maßnahmen der Regierung monatlich kontrolliert und angepasst werden müssen. Denn nicht die Lockerungen unserer Freiheitsrechte sollen der ständigen Überprüfung unterliegen, sondern die einschränkenden Maßnahmen selbst.

Nicht ohne Grund haben verschiedene Gerichte in allen Bundesländern Corona-Maßnahmen der Bundesregierung und der Ministerpräsidenten wegen Willkür, Unverhältnismäßigkeit und Verstoßes gegen den Gleichheitsgrundsatz auf.

Aus diesem Grund auch sofortige Beendigung des „Lockdown“.

## 2.10 FRAGEN DER FRAKTION AN DIE BUNDESREGIERUNG

---

1) Welche konkreten Szenarien lagen am 13.03.20 vor, und aus welchem Grund hat sich die Regierung für Kontaktbeschränkungen und gegen die Herstellung der Herdenimmunität entschieden?

2) Was waren die Gründe, wegen der die Regierung in der Covid-19-Pandemie eine Bedrohung für die Bevölkerung sieht, obwohl sich die Sterblichkeit nicht wesentlich von den alltäglichen Todesfällen unterscheidet und sie sogar wesentlich niedriger ist als im Januar/Februar 2017, März/April 2018 und Juli/August 2018, als die Regierung keinerlei Aktivität gezeigt hat.

3) Mit welchen Gründen rechtfertigt die Regierung die hohen wirtschaftlichen Schäden und die zusätzlichen Sterbefälle, die aus ihren Maßnahmen resultieren, vor allem unter Berücksichtigung der geringen geretteten Lebenszeit.

4) Was sind die Gründe für die Schließung von Kindertagesstätten, Kindergärten, Schulen und Hochschule, wenn die Erkrankung doch an jungen Menschen spurlos vorbeigeht und eine natürliche Immunität möglichst vieler Menschen eher hilfreich im Kampf gegen die noch wenig bekannten Erreger ist?

5) Warum erfolgte der Lockdown, obwohl zu diesem Zeitpunkt der Höhepunkt der Ausbreitung des Virus längst überschritten war, wie eine Publikation des RKI ausweist oder, falls die Bundesregierung widererwarten nicht informiert war, warum wurde der Lockdown nach öffentlichem Bekanntwerden dieses Sachverhaltes am 15.4. nicht sofort beendet?

---

<sup>61</sup>[https://www.focus.de/finanzen/boerse/konjunktur/lockdown-schwedischer-experte-warnt-deutschland-ruiniert-seine-wirtschaft\\_id\\_11914598.html](https://www.focus.de/finanzen/boerse/konjunktur/lockdown-schwedischer-experte-warnt-deutschland-ruiniert-seine-wirtschaft_id_11914598.html)

---

### 3. Anhang

---

Sehenswert von Servus TV Österreich vom 29.4.2020 Prof. Dr. Sucharit Bhakdi:

<https://www.servustv.com/videos/aa-23ud73pbh1w12/>

<https://www.mittellaendische.ch/2020/04/07/covid-19-eine-zwischenbilanz-oder-eine-analyse-der-moral-der-medizinischen-fakten-sowie-der-aktuellen-und-zuk%C3%BCnftigen-politischen-entscheidungen/>

---

#### UNBEACHTETE GESUNDHEITLICHE WARNZEICHEN

---

Es gab viele Vorwarnungen, die missachtet wurden:

1. SARS war 2003.
2. MERS war 2012.
3. 2013 hat der Deutsche Bundestag Katastrophen-Szenarien diskutiert: wie bereitet sich Deutschland auf Katastrophen, z.B. Überschwemmungen vor. In diesem Rahmen wurde auch diskutiert, wie Deutschland auf eine zukünftigen SARS-Pandemie reagieren muss! Ja, im Jahre 2013 hat der Deutsche Bundestag eine SARS-Corona-Pandemie in Europa und Deutschland simuliert!
4. In 2015 wurde eine experimentelle Gemeinschaftsarbeit von Forschern aus drei US-Universitäten, Wuhan und einem italienischen Forscher aus Varese, der in Bellinzona ein Labor hat, publiziert. Diese produzierten synthetisch hergestellte Corona-Viren im Labor und infizierten damit Zellkulturen und Mäuse. Grund der Arbeit: man wollte einen Impfstoff respektive monoklonale Antikörper produzieren, um gegen die nächste Corona-Pandemie gewappnet zu sein.
5. Ende 2014 hatte die US-Regierung Forschung an MERS und SARS wegen der Gefährlichkeit für Menschen für ein Jahr ausgesetzt.
6. 2015 hielt Bill Gates eine weit beachtete Rede und meinte: die Welt sei auf die nächste Corona-Pandemie unvorbereitet.
7. 2016 erschien erneut eine Forschungsarbeit, welche mit Corona-Viren hantierte. Das «Summary» dieser Publikation muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, denn es handelt sich hier um die perfekte Beschreibung dessen, was aktuell abläuft:  
*“Focusing on SARS-like CoVs, the approach indicates that viruses using the WIV1-CoV spike protein are capable of infecting human alveolar endothelium cultures directly without further spike adaptation. Whereas in vivo data indicate attenuation relative to SARS-CoV, the augmented replication in the presence of human Angiotensin-Converting-Enzyme Typ 2 in vivo suggests that the virus has significant pathogenic potential not captured by current small animal models.”*
8. Im März 2019 wurde in der epidemiologischen Studie von Peng Zhou aus Wuhan gesagt, dass u.a. aufgrund der Biologie der Corona-Viren in den Fledermäusen („bat“) in China vorausgesagt werden kann, dass es in Kürze eine erneute Corona-Pandemie geben werde. Mit Sicherheit! Man könne nur nicht genau sagen wann und wo, aber China werde der hot-spot sein.

Es gab also 8 konkrete, deutliche Warnungen innerhalb von 17, dass so etwas kommen wird. ... Im Dezember 2019, 9 Monate nach Peng Zhou's Warnung. Und die Chinesen informieren die WHO nachdem sie 27 Patienten mit atypischer Pneumonie ohne Todesfall gesehen haben. Noch am 31. Dezember beginnt die Reaktionskette von Taiwan, die aus insgesamt 124 Maßnahmen bestand – alles bis zum 03. März 2020 unter Mitarbeit der University of California im „Journal of American Medical Association“ publiziert.

ab dem 31. Dezember 2019 lagen alle Daten vor („bat + coronavirus“ in «PubMed», der U.S. National Library of Medicine). Und man musste nur die Publikationen bis Ende Februar 2020 verfolgen, um zu wissen, 1) was auf uns zukommt und 2) was zu tun ist. ...

*“Focusing on SARS-like CoVs, the approach indicates that viruses using the WIV1-CoV spike protein are capable of infecting human alveolar endothelium cultures directly without further spike adaptation. Whereas in vivo data indicate attenuation relative to SARS-CoV, the augmented replication in the presence of human Angiotensin-Converting-Enzyme Typ 2 in vivo suggests that the virus has significant pathogenic potential not captured by current small animal models.”*



*Mit Blick auf SARS-ähnliche CoVs deutet der Ansatz darauf hin, dass Viren, die das WIV1-CoV-Spike-Protein verwenden, in der Lage sind, menschliche Alveolar-Endothelkulturen direkt ohne weitere Spike-Anpassung zu infizieren. Während In-vivo-Daten auf eine Dämpfung im Vergleich zu SARS-CoV hindeuten, deutet die erweiterte Replikation in Gegenwart des menschlichen Angiotensin-Converting-Enzymtyps 2 in vivo darauf hin, dass das Virus ein erhebliches pathogenes Potenzial aufweist, das nicht von aktuellen Kleintiermodellen erfasst wird.*

...Keine der von Singapur, Taiwan, Hongkong oder China erfolgreich eingesetzten Maßnahmen wurden angewendet. Keine Grenzschießung, keine Grenzkontrollen, jeder konnte und kann immer noch problemlos in die Schweiz immigrieren ohne überhaupt kontrolliert zu werden. ...

Keine der von Singapur, Taiwan, Hongkong oder China erfolgreich eingesetzten Maßnahmen wurden angewendet. ...

Das Maskentragen wurde für nicht notwendig befunden – aber nicht, weil dessen Effektivität nicht bewiesen wäre. Nein, weil man schlicht nicht genügend Masken zur Verfügung stellen konnte. Man müsste lachen, wenn es nicht so tragisch wäre: statt die eigenen Versäumnisse einzugestehen und sie immediat zu korrigieren, hat man lieber den Deutschen Botschafter einbestellt. Was hat man ihm gesagt? Dass das 85-Milliarden-schwere Schweizer Gesundheitswesen keine Masken hat, um seine Bürger, Pflegende und Ärzte zu schützen?

Die Serie von peinlichen Pannen lässt erweitern: Hände-Desinfektion! Empfohlen, da wirksam und schon zu Zeiten der Spanischen Grippe empfohlen. Haben wir von unseren Entscheidungsträgern je gehört, welche Desinfektionsmittel denn wirksam sind und welche nicht? Haben wir nicht, obwohl am 06. Februar 2020 ein Summary von 22 Arbeiten im «Journal of Hospital Infection» publiziert worden ist, welches schon damals berichtete, dass Corona-Viren bis zu 9 Tage auf Metall, Plastik und Glas überleben können und welche drei Desinfektionsmittel das Virus innert 1(!) Minute killen und welche nicht. Natürlich konnte man das richtige Desinfektionsmittel nicht konkret empfehlen: der Bürger hätte dann gemerkt, dass gar nicht genug davon vorhanden ist, weil das Pandemie-Lager, welches Ethanol (62%iges bis 71%iges Ethanol killt Corona-Viren innerhalb einer Minute) bereithalten sollte, 2018 aufgelöst worden war....<sup>62</sup>

Trotzdem der Vorwarnungen hat Deutschland noch „Mitte Februar 8,7 Tonnen Schutzbekleidung gegen den Coronavirus, sowie Desinfektionsmittel und Gerätschaften, die zur Bekämpfung der Lungenseuche notwendig sind an China verschenkt, die vorher aus China für teures Geld nach Deutschland geliefert wurden,...“<sup>63</sup>

Die Sterberate ist in Deutschland durch die Corona-Pandemie nicht gestiegen.

Prof. Poeschel (Rechtsmediziner), der in Hamburg alle Verstorbenen obduziert, stellt fest, dass keiner an Covid-19 verstorben sei.<sup>64</sup>

## BILDZEITUNG KOMMENTIERT DIE REGIERUNGSPOLITIK

---

Ich erlaube mir die Bild zu zitieren;

„ Es gibt keine Herdenimmunität dagegen, historisch katastrophal falsch zu liegen...

Nahezu alle Experten, denen wir uns in dieser Krise anvertrauen (müssen), lagen mit nahezu jeder Einschätzung so falsch...

Sie haben das Tragen von Masken nahezu verhöhnt. Nun ist es Pflicht.

Sie haben davor gewarnt, Schulen und Kitas zu schließen. Nun sind Millionen Kinder seit Wochen zu Hause.

Sie haben als nutzlos abgetan, die Grenzen abzuriegeln. Nun kommt niemand mehr ins Land.

Sie haben trotz aller Maßnahmen immer wieder vor dem unmittelbar bevorstehenden Kollaps unseres Gesundheitssystems gewarnt. Nun herrschen auf Krankenhausfluren gespenstische Ruhe und Angst vor Arbeitslosigkeit.

Das Robert-Koch-Institut riet davon ab, Corona-Tote zu obduzieren. Nun geschieht es trotzdem und Rechtsmediziner sagen, dass bei Weitem nicht alle Toten tatsächlich an Corona gestorben seien.

<sup>62</sup> <https://www.mittellaendische.ch/2020/04/08/covid-19-eine-zwischenbilanz-oder-eine-analyse-der-moral-der-medizinischen-fakten-sowie-der-aktuellen-und-zuk%C3%BCnftigen-politischen-entscheidungen/>

<sup>63</sup> <https://www.diefreiemeinung.de/2020/03/aussenminister-maas-verschenkte-schutzbekleidung-an-china-die-in-deutschland-benoetigt-wird/>

<sup>64</sup> <https://www.solinger-tageblatt.de/panorama/corona-lanz-heinsberg-zdf-rechtsmedizin-professor-obduktion-hamburg-studie-tv-these-fakten-zr-13647944.html>



Sportanlagen mussten geschlossen werden. Nun ist Tennis in manchen Bundesländern verboten, in anderen erlaubt, obwohl es doch eigentlich lebensgefährlich ist.

Was mir am meisten Sorgen bereitet: Unsere Wirtschaft ist schon jetzt so massiv und teilweise irreparabel geschädigt, dass unsere Regierung sich kaum noch erlauben kann, zuzugeben, in ihrer Schärfe überzogen zu haben...

Die Kanzlerin bezichtigt jeden Zweifler der „Öffnungsdiskussionsorgie“, raunt davon, manche würden zu falsch handeln, ohne zu sagen, was sie genau meint. Der CDU-Fraktionschef Ralph Brinkhaus macht sich in heiterer und hochrangiger Weinrunde über den Abweichler Armin Laschet lustig und alle lachen.

Ist es in unserem Land eine gute Idee, sich in schwierigen Zeiten über Andersdenkende lustig zu machen und zu erheben?...

Ich fürchte, dass sich die Interessen vieler Menschen und derer, die sie vertreten, rasant voneinander entfernen: Für jeden Politiker, der sich für Lockerung der Einschränkungen einsetzt, könnte jeder Corona-Tote zum Hochrisiko werden, so nach dem Motto: ‚Das ist Ihr Toter, Herr/Frau Sowieso.‘

Für Millionen Menschen hingegen ist es verheerend, wenn ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage vernichtet wird, obwohl es weiterhin kaum Corona-Tote gibt.

Die Politik verweigert sich dieser bitteren, aber leider notwendigen Debatte, die das unkontrollierbare Ereignis Corona uns aufzwingt. Dass der Staat niemals Menschenleben abwägen darf gegen ein anderes Gut, ist eine noble Idee, die der Realität leider nicht immer standhält. Kanzler Schmidt entschied sich gegen Schleyer. Kanzlerin Merkel opferte für unverhandelbare Werte unseres Landes deutsche Soldaten in Afghanistan.

Wenn ich höre, alles andere habe vor dem Schutz von Leben zurückzutreten, dann muss ich sagen: Das ist in dieser Absolutheit nicht richtig, sagt Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble („Tagesspiegel“). ‚Wenn es überhaupt einen absoluten Wert in unserem Grundgesetz gibt, dann ist das die Würde des Menschen. Die ist unantastbar. Aber sie schließt nicht aus, dass wir sterben müssen.‘ Nur Ideologien kennen Absolutismen. Die Stärke der Demokratie ist, dass sie auch die unbequemsten Debatten aushält. Wenn sie sie aber verhindert, macht die Demokratie sich überflüssig. Das Einzige, was in der Demokratie alternativlos ist, ist die Debatte. *Der geballte Starrsinn zeigt sich darin, was gerade beim Thema Fußballbundesliga geschieht. Die Industrie Bundesliga ist bereit, alles dafür zu tun, dass von ihren Angestellten keinerlei Gefahr für sie oder andere ausgeht.* Wir reden hier über die Freiheit der Berufsausübung, die niemand anderen gefährdet, sogar weniger als vor Corona – als „Hochrisikospiele“ von Hunderten Polizisten geschützt werden mussten. Trotzdem sind manche Politiker aus Rechthaberei bereit dazu, eine wertvolle Industrie zu opfern und Grundrechte massiv zu beschneiden, obwohl jedes Risiko durch Geisterspiele eine Mär ist.“<sup>65</sup>

## MARKTWIRTSCHAFTLICHE PRINZIPIEN

---

Wohlstand eines Staates erlangt dieser durch Entfaltung und das Zusammenwirken der individuellen Fähigkeiten der Menschen. Der Ordnungsrahmen dafür ist im Inneren die Liberalität (erlaubt ist, was den anderen nicht in seinen Freiheiten einschränkt). Im Äußeren kann ein Handel Wohlstand mehreren, sofern dieser frei von Repressalien ist. Er führt aber zu Abhängigkeiten, die – wie geschrieben – die Souveränität eines Landes einengen kann.

Ein liberaler Ordnungsrahmen ist im wirtschaftlichen Sinn durch die Marktwirtschaft möglich. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass der Egoismus des Einzelnen der Gemeinschaft als Ganzes nützlich gemacht wird. Das geschieht konkret durch die Umsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien.<sup>66</sup>

- Konstituierende Prinzipien sind:

<sup>65</sup> <https://www.bild.de/politik/kolumnen/kolumne/coronavirus-ein-kommentar-von-bild-schluss-mit-starrsinn-in-der-corona-politik-70279506.bild.html>

<sup>66</sup> Eucken, Walter: „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“, Tübingen, JCB Mohr (Siebeck), 1952, Kap. XVI und XVII.

- Marktliberalität, die darauf abzielt, die „Marktform der vollständigen Konkurrenz zur Entfaltung zu bringen“, darunter fallen: Vertragsfreiheit, Freiheit des Produzenten in der Preis- und Produktgestaltung, freier Bezug von Waren und Dienstleistungen, gleiche Rechte und Pflichten für alle Marktteilnehmer, privates Eigentum – auch an Produktionsmitteln – freie Entscheidung und freier Einsatz notwendig erachteter Mittel, freier Marktzugang für Anbieter und Nachfrager, Ausschluss von Marktregulierungen, die sich beispielsweise in Devisenbewirtschaftung, Kreditexpansion beziehungsweise in einer begünstigenden oder restriktiver Steuerpolitik zeigen können;
  - private Produktionsmittel;
  - Verwirklichung des Verursacherprinzips, welches ein privatwirtschaftliches Entscheidungs- und Haftungsprinzip bedingt und so verantwortliches Tun gegenüber Dritten und der Gesellschaft befördert;
  - eine der Geldwertstabilität verpflichtete Währungspolitik;
  - eine kontinuierliche Finanz- und Wirtschaftspolitik.
- Regulierende Prinzipien sind:
    - Markttransparenz (die Art der Güter, die Preise, Mengen und Qualitäten müssen für jeden potenziellen Marktteilnehmer bekannt sein);
    - Marktgleichgewicht, also marktbeherrschende Stellungen auf beiden Seiten (Angebot und Nachfrage) unterbinden, wie dies durch Monopole, Oligopole oder bei einer Übermacht der Gewerkschaften gegenüber Kleinunternehmern der Fall ist. Dazu gilt es, auf eine hinreichend große Zahl von Marktteilnehmern zu achten, um Marktverzerrungen zu vermeiden;
    - privatwirtschaftliche Rechnungen sind dort zu korrigieren, wo externe Effekte auftreten, wenn beispielsweise im Ausland subventionierte Produkte auf den inländischen Markt drängen;
    - Ausgleich anormaler Nachfrage- und Angebotsreaktionen (*beispielsweise bei Preisgrenzen*),
    - Vermeidung einer Denaturierung des Wettbewerbs;
    - Durchsetzung des Äquivalenzprinzips (*beispielsweise der Gedanke der Gleichheit von Leistung und Gegenleistung*), dessen Verletzung sozialetisch nicht akzeptabel ist;
    - Gewährleistung des natürlichen Markt-Preis-Mechanismus der vollständigen Konkurrenz, also beispielsweise leistungsbezogene Entgelte.

Darüber hinaus darf der Staat weder intervenieren noch dirigistisch eingreifen. Der Staat darf falls erforderlich, lediglich mit marktkonformen Mitteln eingreifen (*z. B. durch Steuern und Abgaben oder Ausgaben für öffentliche Aufträge*) und den Markt nicht behindern, es sei denn, dies ist aus übergeordneten Gesichtspunkten geboten. Das ist etwa dann der Fall, wenn es das Recht auf körperliche Unversehrtheit erfordert. Nicht konform mit marktwirtschaftlichen Prinzipien wären demnach beispielsweise Aktivitäten staatlicher Firmen, die mit privaten im Wettbewerb stehen und dabei kein Insolvenzrisiko tragen.

Ludwig Erhard hebt in seinem Buch „Wohlstand für Alle“, die Bedeutung der Fairness im Wettbewerb hervor, wendet sich gegen Lobbyismus, weil er darauf abziele, einseitig Vorteile zu erringen. Steuerliche oder gesetzliche Privilegierung (*etwa Steuervorteile oder Subventionen*) seien zu unterbinden. Denn – so Erhard – wo ist der objektive Maßstab, nach dem jemand gerechterweise entscheiden könnte, was dem einen zuzubilligen, dem anderen vorzuenthalten und von einem dritten zu bezahlen sei.

Der Staat sollte das Wirtschaftsgeschehen nicht allein dem Kräftespiel des Marktes überlassen, da sich sonst marktbeherrschende Strukturen (*z. B. Oligopole, Monopole*) herausbilden würden. Dazu sollte der Staat die Prinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung gewährleisten und nicht versuchen, Wirtschaftsprozesse lenken zu wollen (ein Abdriften in eine Planwirtschaft).

Prinzip der atomistischen Märkte muss erfüllt sein: eine Marktmacht darf nicht so mächtig werden, dass sie das Handeln anderer einschränkt oder bestimmt: Nicht der Stärkere, sondern der Bessere soll am Markt obsiegen (L. Erhard).

Dazu gehört eine Aufspaltung (nicht Enteignung) in einzelne, autonome Teile, sobald ein Gebilde dem Gebot der Liberalität zuwiderläuft.

Handelsräume deren Kennzeichen ein geregelter Warenaustausch ist, wird immer dann gedeihlich, wenn alle Beteiligten sich freiwillig und ohne Druck zusammenschließen. Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war deswegen so erfolgreich, weil das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit der Einzelstaaten beibehalten, der Handel erleichtert wurde und für alle Beteiligten von Vorteil war.

## DEMOKRATIE BRAUCHT EINEN SOUVERÄNEN STAAT UND NOCH VIEL MEHR

---

Demokratie wird hier verstanden als die Herrschaft selbstbestimmter Staatsbürger in einem Staatsgebilde. Selbstbestimmt ist, wer nach eigenem Gusto entscheiden und handeln kann. Das kann er nur, wenn er das Verhalten des Staates nach seinem Willen beeinflussen kann. Ein solcher Staat darf allein seinem Souverän, den Staatsbürgern unterworfen sein.

Das bedeutet: Souverän können nur Menschen handeln und entscheiden die in einem souveränen, rechtstaatlichen, eigenhoheitlichen und demokratisch verfassten Staat<sup>67</sup> leben, weil sie nur dann frei von unverschuldeten Zwängen entscheiden und handeln können. Demokratie benötigt einen souveränen Staat<sup>68</sup>, weil ein Verlust staatlicher Souveränität unvermeidlich einen Verlust von privaten Freiheiten der Staatsbürger zur Folge hat.

Tatsächlich kommt es immer mehr zu gewissen Einschränkungen staatlicher Souveränität, deren Wurzeln wirtschaftliche, technologische, militärische oder staatsrechtliche Ursachen haben. Selbst Kooperationen unter Gleichen schaffen Abhängigkeiten und die Notwendigkeit von Grundvertrauen.

Im Einzelnen ist festzustellen:

Demokratie benötigt Menschen

- mit einer demokratischen<sup>69</sup> Gesinnung,<sup>70</sup> geprägt durch Erziehung und Erfahrung
- mit Urteilsvermögen,<sup>71</sup> welches Intelligenz und entsprechende Bildung sowie Erfahrung erfordert
- die Informiert<sup>72</sup> sind, was die Freiheit und Transparenz/Zugänglichkeit zu unzensurierten Informationen bedingt,
- die souverän<sup>73</sup> entscheiden können (Fähigkeiten) und
- wollen (Gestaltungswille). Dabei setzt das Wollen die Erkenntnis voraus, dass der Einzelne durch die Demokratie ein Mindestmaß an erlebten Vorteilen erlangt, welche die Nachteile überwiegen.

### Wann ist ein Staat (wirtschaftlich) souverän?

Wenn er im Innern und nach außen nicht erpressbar oder anderweitig Handlungsbeschränkungen unterworfen ist, die er sich nicht selbst oder aus eigener Schuld selbst auferlegt hat. Erforderlich dafür ist:

- Unabhängig von Im- und Export, weswegen er in jedweder Beziehung Eigenversorger sein sollte oder zumindest faire (d. h. gleichgewichtige [Volumen und Bedeutung]) Verträge<sup>74</sup> mit verlässlichen Partnern abgeschlossen hat,
- Währungsautonomie  
Eigenes Geld, eigene Zentralbank, um über die Geldpolitik (Geldmenge, Zinshöhe usw.) eigenständig entscheiden zu können,
- Äußere und innere Sicherheit – inclusive Rechtsstaatlichkeit – gewährleistet ist.

---

<sup>67</sup> Gemeinschaft von Menschen innerhalb gleicher Grenzen und gemeinsamer mythischer Organisation (s.: Der große Duden).

<sup>68</sup> Ein Staat, der uneingeschränkt die originären Hoheitsrechte (nach außen und innen) sicher und überlegend ausübt.

<sup>69</sup> Ausübung der Herrschaft durch die Staatsbürger.

<sup>70</sup> Basis einer demokratischen Handlungsmaxime, die das Gewissen als Beurteilungsmaßstab zu Grunde legt, auch wenn es dem eigenen Nutzen zuwiderlaufen sollte.

<sup>71</sup> Die Fähigkeit sich ein unabhängiges, eigenes und (soweit möglich) objektives Urteil bilden zu können. Es beinhaltet die Fähigkeit Informationen sachgerecht gewichten zu können.

<sup>72</sup> extrahierte Bedeutung von Dingen und Vorkommnissen kennen.

<sup>73</sup> souverän zu sein bedeutet keinerlei Beschränkungen unterworfen zu sein, bis auf jene, die aus der Funktion oder einer selbst auferlegten Beschränkung konsultiert. Dies gilt naturgemäß nur für den Idealfall, den es aber anzustreben gilt.

<sup>74</sup> also gleichgewichtig im Wert und gemäß Bedeutung gleichgewichtig, so dass ein Vertragsbruch beiderseits zu gleichen Schäden führt.

## PRESSEMITTEILUNG DER AfD-FRAKTION

---

Dazu heute (28.4.2020) eine PM: Weidel/Gauland: AfD-Bundestagsfraktion fordert sofortige Aufhebung des Lockdown

Nach Ansicht der AfD-Bundestagsfraktion sind die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen des Corona-Stillstands schon jetzt dramatisch und in ihrer Konsequenz unabsehbar. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert deshalb, den Lockdown sofort zu beenden.

Der Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland erklärt:

„Der ‚Lockdown‘ droht mehr Schaden anzurichten als das Virus selbst. Die fortdauernde schwerwiegende Einschränkung von Grundrechten, das drohende Verschwinden vieler Unternehmen und die Verödung ganzer Landstriche zerstören den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhalt. Leidtragende sind Millionen Arbeitnehmer und Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, deren Zukunftsperspektive zerstört wird.

In Einzelhandel und Gastgewerbe drohen zigtausende Betriebsschließungen. Das industrielle Rückgrat des Landes, Automobilproduktion und Maschinenbau, erwartet zweistellige Umsatzeinbrüche. Millionen Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel, es droht eine Insolvenzwelle und der Ausverkauf deutscher Unternehmen. Selbst ein reiches Land wie Deutschland kommt hier an seine Grenzen.

Aus sozialer Verantwortung und zur Erhaltung der Grundlagen unseres Gemeinwesens müssen wir den Lockdown beenden. Unter Einhaltung der etablierten Hygiene- und Abstandsregeln ist es möglich, unsere Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, bevor die Schäden irreversibel werden.“

Die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel begründet die Forderung:

„Wir müssen sofort und entschieden gegensteuern, sonst gerät Deutschland in eine Wirtschaftskrise historischen Ausmaßes. Ohne wirtschaftliche Wertschöpfung können wir die Krise nicht überstehen. Staatshilfen können die Folgen des Lockdowns nur begrenzt und nur für einen kurzen und absehbaren Zeitraum ausgleichen. Unternehmen und Betriebe brauchen eine klare Perspektive für den Wiederanfang, bevor es zu spät ist.

Durch die Null- und Negativzinspolitik der vergangenen Jahre haben wir bereits jetzt eine dramatische Geldentwertung. Diese wird sich verschärfen und zu einer Verarmung weiter Bevölkerungskreise führen. Dauert der Lockdown noch länger an, werden Schulden und Haftungsrisiken für den Staatshaushalt unbeherrschbar. Es droht der Einstieg in eine de-facto-Staatswirtschaft, die die Grundlagen unseres Wohlstands dauerhaft zerstören wird.“

---

## 4. Index

---

Altersarmut 6	Eucken, Walter 23
Anleihaufkaufprogramme 4	Euro retten 4
Äquivalenzprinzip 23	Gemeinschaftshaftung 4
Banken	Giralgeld-Menge 3
systemrelevant 3	Goldbindung 3
Bankenunion 4, 17	Hebelung des EU-Budget 4
Braindrain 6	Immobilienboom 3
Buchgeld 3	Interventionismus 23
Bürgschaften 5, 6, 11	Investitionsstau 6
Community Reinvestment Act 3	Kapitalfehllenkung 4
Dirigismus 23	Keynes 3
dirigistischen Eingriffe 5	Klimapakete 5
Eigenverantwortlichkeit 3, 7, 13, 15, 24	Leitzins 4, 18
Energiewende 5, 12, 16, 17	Leitzinssatz 3
Erhard, Ludwig 3	Lockdown 3, 6, 7, 10, 11, 12, 13, 19
ESM 4	Manchesterkapitalismus 10

Marktliberalität	22	Sicherheiten für Kredite	4
Marktwirtschaft, konstituierende Prinzipien	22	Solidarität	10
marktwirtschaftliche Prinzipien	5	Subventionen	5, 18, 23
Marktzugang, freier	23	Target-2-Salden	4, 15
Medianvermögen	6, 17	Umverteilungsmechanismen	4, 6
Negativ-Zinsen	5	Vermögensabgabe	11
No-Bailout-Klausel	4	Verursacherprinzip	23
Preisvorteile	5	Währungsstabilität	6
Prinzipien, marktwirtschaftliche	22	Währungssystem	6
Prinzipien, regulierende	23	Wohlstandsillusion	6
Qualifikationsniveau	6	Zinsdiktat	4, 5, 14, 15, 17
Rettungsschirme	4, 17	Zinseinsparungen	5
Risiken	4, 6	Zinshoheit	3
Sanierungsbedarf	6	Zombieunternehmen	5, 6, 7, 9